

## Diskussionspapier

Forschungsgruppe EU-Integration  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale  
Politik und Sicherheit



*Glenn R. Gassen / Andreas Maurer*

# Von der Peripherie ins Zentrum

Perspektiven finnischer Europapolitik  
- für Europa und Deutschland

Diskussionspapiere sind  
Arbeiten im Feld der  
Forschungsgruppe, die nicht als  
SWP-Papiere herausgegeben  
werden. Dabei kann es sich um  
Vorstudien zu späteren SWP-  
Arbeiten handeln oder um  
Arbeiten, die woanders  
veröffentlicht werden. Kritische  
Kommentare sind in jedem Fall  
willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)

**Diskussionspapier der FG 1, 2006/ 18, Dezember 2006  
SWP Berlin**

# Inhalt

Einleitung .....	3
1. Politisches System und Europapolitik.....	5
1.1. Präsidentenamt .....	5
1.2. Regierung.....	6
1.2.1. Die Regierung Lipponen.....	7
1.2.2. Die Regierung Vanhanen.....	8
1.3. Ein starkes Parlament.....	9
1.4. Europapolitik der Parteien.....	10
1.4.1. Suomen Keskusta (KESK) - Zentrumspartei.....	11
1.4.2. Sosialidemokraattinen Puolue (SDP) – Sozialdemokraten .....	12
1.4.3. Kansallinen Kokoomus (KOK) – Konservative .....	12
1.4.4. Vasemmisto Liitto (VAS) – Linkssozialisten .....	13
1.4.5. Vihreä Liitto (VIHR) – Grüne .....	14
1.4.6. Svenska Folkpartiet (SFP) – Schwedische Volkspartei.....	14
1.5. Bevölkerungseinstellungen zur EU.....	14
2. Finnische Europa-Strategien in ausgewählten Politikfeldern.....	16
2.1. Nördliche Dimension der EU.....	16
2.1.1. Akteure, Institutionen, Instrumente .....	16
2.1.2. Gegenstände der NDEU .....	17
2.1.3. Finnland und die Nördliche Dimension .....	18
2.1.4. Perspektiven.....	20
2.1.5. NDEU und Ostseekooperation.....	21
2.2. Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	22
2.3. Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE).....	25
2.3.1. Konventsphase.....	26
2.3.2. Regierungskonferenz.....	27
2.3.3. Ratifizierung .....	29
3. Wie weiter? Finnlands Partnerschaften in der EU .....	30
3.1. Nordische Allianz?.....	31
3.1.1. Nordische Kooperation und Skandinavien.....	31
3.1.2. Interessenkonvergenzen und –divergenzen der drei skandinavischen EU-Mitglieder.....	31
3.1.3. Die Baltischen Staaten – Drei plus Drei? .....	36
3.2. Finnland und Deutschland .....	38
3.2.1. Deutsch-finnische Beziehungen.....	38
3.2.2. Kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen.....	39
3.2.3. Politische Beziehungen .....	40
Abkürzungsverzeichnis .....	42

## Einleitung

Im zweiten Halbjahr 2006 hatte die Republik Finnland zum zweiten Mal nach 1999 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (EU) inne. Für einen kleinen Mitgliedstaat war dies eine große und bedeutende Aufgabe. Das Land im Nordosten Europas ist erst 1995 beigetreten und hat sich noch zehn Jahre zuvor in strikter außenpolitischer Neutralität geübt.<sup>1</sup>

Finnland hat ein vitales Interesse, seine Sicherheit und die des Ostseeraums im Rahmen der Europäischen Union zu stabilisieren. Auf den ersten Blick wirtschafts-, sozial- oder umweltpolitische Bereiche der EU werden aufgrund des europapolitischen Grundverständnisses der finnischen Eliten eher als in anderen Staaten auf ihre sicherheitspolitische Dimension durchleuchtet und auf dieser Grundlage bewertet. Unbestritten ist, dass die Europäische Union eine Wirtschafts- und Rechtsgemeinschaft darstellt, für Finnland ist die EU allerdings immer auch eine Sicherheits- und außenpolitische Interessengemeinschaft.<sup>2</sup>

Die finnische Wirtschaft hat sich im Zuge der Europäischen Integration außerordentlich gut entwickelt. Noch heute haben finnische Forstprodukte einen hohen Weltmarktanteil von bis zu 20 Prozent.<sup>3</sup> Der Hochtechnologiektor befindet sich darüber hinaus ebenfalls in einer weltweiten Spitzenposition. Finnland übersprang das Industriezeitalter nahezu und ist heute eine der führenden, westlichen Dienstleistungsgesellschaften.<sup>4</sup>

Bis 1990 war die finnische Wirtschaftsleistung beachtlich; das BIP lag im oberen Drittel Europas. Doch mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion brach der zweitgrößte Exportmarkt Finnlands mit einem Mal weg. Finnland erlebte die schlimmste Wirtschaftskrise in Friedenszeiten. Der industrielle Output sank dramatisch, die Arbeitslosigkeit stieg von knapp über drei Prozent auf fast 20 Prozent und das BIP sank um mehr als zehn Prozent.<sup>5</sup> Seit der Krise am Anfang der 1990er Jahre hat sich Finnland wieder erholt und sich zu einer der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt gemauert.<sup>6</sup> Die Integration in den Europäischen Binnenmarkt wirkte sich enorm positiv aus.<sup>7</sup> Die EU bietet der finnischen Wirtschaft einen stabilen Absatzmarkt und federt zugleich die Effekte der Globalisierung ab.

Die zweite EU-Präsidentschaft bietet den Anlass, die Europapolitik Finnlands tiefer zu durchleuchten und die Perspektiven deutsch-finnischer Kooperation in der Außen- und Europapolitik zu definieren.

1 Vgl. Max Jakobson, *Finnland im neuen Europa*, Berlin 1999, S. 98ff.

2 Vgl. Antti Kaski, *The Security Complex. A Theoretical Analysis and the Baltic Case*, Turku 2001.

3 Vgl. Finnish Forest Industries Federation, *FINLAND: The Global Share in ...*, [http://english.forestindustries.fi/files/images/tilastot\\_en/suomessa.pdf](http://english.forestindustries.fi/files/images/tilastot_en/suomessa.pdf) (eingesehen am 23.03.06). Der Anteil des primären Wirtschaftssektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt inzwischen jedoch nur noch bei etwa drei Prozent

4 Vgl. Pertti Pesonen/Olavi Riihinen, *Dynamic Finland. The political system and the welfare state*, Helsinki 2002, S. 37ff.

5 Vgl. Pesonen/Riihinen, *Dynamic Finland*, S. 246ff.

6 Vgl. World Economic Forum, *Global Competitiveness Report 2005-2006. Competitiveness Ranking*, [http://www.weforum.org/pdf/Global\\_Competitiveness\\_Reports/Reports/-GCR\\_05\\_06/GCI\\_Rankings\\_pdf.pdf](http://www.weforum.org/pdf/Global_Competitiveness_Reports/Reports/-GCR_05_06/GCI_Rankings_pdf.pdf) (eingesehen am 14.02.06).

7 Vgl. Fritz Breuss, *Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen*, WIFO Working Papers, No. 200, April 2003.

Gerade aufgrund der anschließenden, deutschen Ratspräsidentschaft liegt es nahe, die Europapolitik Finnlands eingehender zu untersuchen. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit steht in beiderseitigem Interesse. Europäische Themen gibt es genug, allen voran der Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE). Somit wird dieses Papier zum einen auch versuchen die langfristigen Bedingungen einer deutsch-finnischen Zusammenarbeit auszumachen, zum anderen konkrete Interessenkonvergenzen auszumachen, die während der deutschen EU-Präsidentschaft und danach Gegenstand einer engeren Zusammenarbeit sein können.

## 1. Politisches System und Europapolitik

Zum besseren Verständnis der aktuellen Entwicklungen der finnischen Europapolitik sollen zunächst die europapolitisch relevanten Strukturen Finnlands erläutert werden. Zum einen wird hierzu das politische System der Republik Finnland dargestellt, zum anderen gilt es herauszuarbeiten, welche Akteure in Finnland über europapolitische Kompetenz verfügen, wie die verschiedenen Akteure miteinander agieren und welche Positionen sie grundlegend in Fragen der Europapolitik vertreten.

### 1.1. Präsidentenamt

Das finnische Staatsoberhaupt hat traditionell eine starke Stellung, die je nach Amtsinhaber unterschiedlich ausgefüllt oder ausgebaut wurde. Besonders in der Zeit des Kalten Krieges war der finnische Präsident die zentrale Figur in der finnischen Außenpolitik. Urho Kekkonen, finnischer Präsident von 1956 bis 1982, gilt als Synonym eines dominanten Präsidenten. Seit 1982, mit der Amtübernahme durch Mauno Koivisto, wurde eine Phase der Neujustierung der Kompetenzen eingeleitet, die vorerst mit der letzten Verfassungsänderung von 2000 abgeschlossen wurde.<sup>8</sup>

Institutionelle Anpassungen an die Europäische Integration machten neben anderen Aspekten Verschiebungen in der Wahrnehmung der außenpolitischen Kompetenzen notwendig. Der für sechs Jahre gewählte finnische Präsident - seit 2000 ist Tarja Halonen finnische Präsidentin<sup>9</sup> - hat heute keine weitgehende europapolitische Verantwortung mehr.<sup>10</sup> Er/Sie darf jedoch auf Wunsch und in Abstimmung mit der Regierung an Treffen des Europäischen Rates teilnehmen und wird in die wichtigsten Entscheidungen im Rahmen des Kabinettsausschusses zur Außen- und Sicherheitspolitik<sup>11</sup> eingebunden. Darüber hinaus kann sich der Präsident jederzeit zu europapolitischen Themen äußern.<sup>12</sup> Einer parlamentarischen Kontrolle unterliegt der Präsident im Gegensatz zur Regierung dabei nicht. Ebenso verfügt der Präsident weiterhin über Spielräume im Bereich der klassischen Außenpolitik, so etwa in grundlegenden Fragen von Staatsbe-

8 Vgl. Florian Lütticken/Florian Pfeil, Finnlands neue Verfassung. Abschied vom semi-präsidentiellen System, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34, Juni 2003, 2, S. 296-310; Jaakko Nousiainen, Finnlands Regierungssystem. Von einer gemischten Staatsverfassung zu einer parlamentarischen, <http://www.om.fi/3344.htm> (eingesehen am 17.01.06).

9 Die finnische Präsidentin Tarja Halonen war von 1995 bis 2000 Außenministerin unter Lipponen. Im Januar 2006 wurde sie im zweiten Wahlgang wiedergewählt. Vgl. Robert von Lucius, Finnische Seifenoper, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2005.

10 Auf Grund Paragraph 93 der finnischen Verfassung von 2000, der dem Staatsrat und dem Reichstag die Kompetenz über die Europapolitik zuschreibt.

11 Dieser setzt sich aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern für Finanzen, Verteidigung, Umwelt, Außen, Bildung, Innen, Außenhandel und Entwicklung sowie Land- und Forstwirtschaft zusammen. Der Präsident kann an allen Treffen teilnehmen und gegebenenfalls Sitzungen leiten. Vgl. Ministry of Defence, The Cabinet Committee on Foreign and Security Policy, [http://www.defmin.fi/index.phtml?page\\_id/278/topmenu\\_id/4/menu\\_id/278/this\\_topmenu/111/lang/3/fs/12](http://www.defmin.fi/index.phtml?page_id/278/topmenu_id/4/menu_id/278/this_topmenu/111/lang/3/fs/12) (eingesehen am 18.01.06)

12 Zum Beispiel: Helsingin Sanomat (International Edition), President Halonen wants to see Nordic criminal justice policies on EU agenda, 11.06.04.

ziehungen, internationalen Organisationen und nationaler Sicherheit.<sup>13</sup> Deutlich wurde dies zuletzt daran, dass das Verhältnis zwischen Finnland und der NATO Thema im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf war.<sup>14</sup> Der Trend, die außenpolitischen Kompetenzen des Präsidenten weiter zu beschränken, hält unterdessen an.<sup>15</sup>

## 1.2. Regierung

Die Regierung ist seit den konstitutionellen Änderungen von 1994 der zentrale Akteur in der finnischen Europapolitik. Sie besteht gegenwärtig aus 18 Ministerien, die Europaarbeit wird dezentral in allen Fachressorts betrieben und über interministerielle Gremien organisiert. Zuständig ist hierbei in erster Linie das Sekretariat für EU-Angelegenheiten im Ministerium des Ministerpräsidenten.<sup>16</sup> Da die Regierung über die umfangreichsten Kapazitäten und Expertisen in der Europapolitik verfügt,<sup>17</sup> sind Präsident und Parlament auf die Information durch die Regierung angewiesen.

Das zentrale politische Gremium zur interministeriellen Koordinierung der Regierungsvorlagen zu EU-Fragen ist der Kabinettsausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Er tagt einmal wöchentlich unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten.<sup>18</sup> Die wichtigsten Verhandlungspositionen Finnlands im Rat der EU werden hier - vorbehaltlich der Prüfung durch das Parlament - entschieden. Als Mittler zu den nachgeordneten Vorbereitungsgremien fungiert der Ausschuss für EU-Angelegenheiten. Der Leiter des Sekretariats für EU-Angelegenheiten ist gleichzeitig Staatssekretär für EU-Angelegenheiten. Er leitet den Ausschuss, der ebenfalls wöchentlich zusammentritt. Außer den Ministerien sind auf dieser Ebene das Präsidialamt, das Amt des Kanzlers der Justiz<sup>19</sup>, die Bank von Finnland sowie die Provinzregierung der Åland-Inseln vertreten. Auf der nachgeordneten Arbeitsebene arbeiten gegenwärtig 37 vom Ausschuss für EU-Angelegenheiten eingerichtete Unterausschüsse, an der Vorbereitung von Beratungs- und Entscheidungsvorlagen.<sup>20</sup> Diese Unterausschüsse variieren in ihrer Zusammensetzung, möglich ist hierbei auch die Beteiligung ex-

13 Vgl. The Office of the President of the Republic of Finland, The Presidency of the Republic as an Institution, Under the New Constitution that Entered into Force on 01.03.2000, <http://www.presidentti.fi/eng/institution/institution.html#4> (eingesehen am 16.02.06).

14 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Presidential candidates clash over participation in NATO exercises, 11.01.06.

15 Vgl. Kyösti Karvonen, Powers of the president became an election issue, 09.01.06, <http://virtual.finland.fi/netcomm/news/showarticle.asp?intNWSAID=45974&intIGID=&intCatID=607&CatTypeNumber=3&LAN=EN&contlan=&Thread=&intThreadPosition=0> (17.01.06).

16 Vgl. Bis 2000 war das Sekretariat noch im Außenministerium angesiedelt. Finnish Government, Handling of EU affairs in Finland, <http://www.valtionevosto.fi/eu/suomi-ja-eu/asioiden-kasittely/en.jsp> (eingesehen am 22.03.06).

17 Vgl. Jennifer Brown, Small States in the European Institutions, Turku 2000, S. 37ff.

18 Weitere Mitglieder: Die Minister für Finanzen, Umwelt, Bildung, Außen, Handel und Industrie, Justiz, Land- und Forstwirtschaft, Außenhandel und Entwicklung sowie weitere Staatssekretäre und Experten.

19 Finnland hat kein Verfassungsgericht, der Kanzler der Justiz übernimmt zusammen mit dem Ombudsmann des Parlaments einige vergleichbare Kontrollfunktionen. Vgl. The Parliamentary Ombudsman of Finland, The Ombudsman and the Chancellor of Justice, 14.02.05, <http://www.oikeusasiamies.fi/Resource.phx/ea/english/ombudsman/chancellorofjustice.htx> (eingesehen am 30.01.06).

20 Vgl. Finnish Government, Handling of EU affairs in Finland.

terner Vertreter aus Interessengruppen und Nichtregierungsorganisationen. Ein Vertreter des Sekretariats für EU-Angelegenheiten und ein Vertreter der Åland-Inseln wohnen jedem dieser Sub-Gremien bei. Sitzungen finden nach Bedarf statt.

Das finnische System zur Koordinierung von EU-Angelegenheiten zeichnet sich somit einerseits durch den Versuch der Einbeziehung eines umfassenden Netzwerks mitwirkungswilliger Organisationen aus Regierung und Zivilgesellschaft sowie durch das Prinzip der Konsenssuche aus; gleichzeitig ist es ein im EU-Rahmen relativ stark zentralisiertes Entscheidungsfindungssystem. Letztlich laufen alle Fäden im Sekretariat für EU-Angelegenheiten im Ministerium des Ministerpräsidenten zusammen.

Besondere Bedeutung bei der Koordination der Europapolitik kommt der Ständigen Vertretung der Republik Finnland bei der Europäischen Union zu. Die etwa 100 Beschäftigten<sup>21</sup> in Brüssel bilden die Nahtstelle zwischen Regierung und EU. Nach einer Studie von Thorhallsson<sup>22</sup> verfügen die Vertretungen und die Beamten kleinerer Mitgliedstaaten über eine wesentlich größere Handlungsautonomie als die größerer Staaten. Wird ein Dossier für wichtig erachtet, so wird es in der Ministerialhierarchie konsequent und relativ schnell nach oben gereicht und gegebenenfalls auf höchster Ebene im Kabinettsausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union entschieden. Ist ein Thema weniger wichtig, haben Minister und höhere Beamte eine gewisse Entscheidungsautonomie.<sup>23</sup>

Seit dem Beitritt zur Europäischen Union hat Finnland, von der zwischenzeitlichen 69-tägigen Amtszeit Anneli Jäätteenmäkis abgesehen,<sup>24</sup> zwei Regierungen mit recht unterschiedlicher Ausrichtung in der konkreten Ausgestaltung ihrer Europapolitik. Diese sollen im Folgenden kurz dargestellt werden.

### 1.2.1. Die Regierung Lipponen

Paavo Lipponen war von 1995 bis 2003, über zwei Legislaturperioden hinweg, finnischer Ministerpräsident. Seine auch „Regenbogenkoalition“ genannte Regierung beteiligte Sozialdemokraten, Linkssozialisten, Konservative, die Schwedische Volkspartei sowie die Grünen.<sup>25</sup> Das Wahlergebnis von 1999 bestätigte diese breite Basis. Lipponen hat sein Amt sehr machtbewusst ausgefüllt.<sup>26</sup> Nach seiner Regierungszeit konnte er sich bis 2005 als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei behaupten und ist seit 2003 Reichstagspräsident. Für 2007 hat Lipponen jedoch seinen Rückzug

21 Zum Vergleich, die deutsche Ständige Vertretung bei der EU unterhält um die 150 Mitarbeiter.

22 Vgl. Baldur Thorhallsson, *The Role of Small States in the European Union*, Aldershot 2000, S. 78ff.

23 Vgl. Ebd; Jennifer Brown, *Small States in the European Institutions*, S.39f.

24 Jäätteenmäki trat wegen eines Skandals um die Nutzung von Irak-Geheimdokumenten im Wahlkampf zurück.

25 Zum finnischen Parteiensystem siehe 1.4.

26 Ilkka Ahtainen, *From Lipponen to Vanhanen*, in: *Helsingin Sanomat (International Edition)*, 10.01.04, <http://www2.hs.fi/english/archive/news.asp?id=20040113IE4> (eingesehen am 19.01.06).

aus der Politik angekündigt.<sup>27</sup>

Unter der Regierung Lipponen bewegte sich Finnland vom wahrgenommenen, geopolitischen Rand in den politischen Kern der Europäischen Union.<sup>28</sup> Finnland positionierte sich bewusst als aktives und gestaltendes Mitglied.<sup>29</sup> Die Entscheidung für die europäische Einheitswährung war nicht zuletzt ein klares Ja zur Bestätigung der EU-Mitgliedschaft. Lipponen stellte sich zuweilen in Abgrenzung zu Schweden und Dänemark als stark pro-europäisch dar, wofür er auch Kritik an sich und der Regierung einstecken musste.<sup>30</sup> Von Anfang an unterstützte er eine Beteiligung Finnlands an der Eurozone, was die Mehrheit der Bevölkerung nicht befürwortete.<sup>31</sup> Er setzte sich dennoch durch. Als Europapolitiker, nicht zuletzt während der ersten finnischen Ratspräsidentschaft 1999, konnte er international überzeugen.<sup>32</sup> Zwischenzeitlich wurde er sogar als Nachfolger Romano Prodis als EU-Kommissionspräsident gehandelt.<sup>33</sup>

### 1.2.2. Die Regierung Vanhanen

Die Sozialdemokratische Partei verlor bei der Parlamentswahl 2003 trotz 1,6 Prozent Stimmenzuwachs knapp die relative Parlamentsmehrheit. Die Zentrumsparterie (Keskusta) wurde stärkste Fraktion und stellt seitdem den Ministerpräsidenten. Nachdem Anneli Jäätteenmäki, erste weibliche Regierungschefin Finnlands, bereits nach zwei Monaten wegen eines Skandals um den Gebrauch von Irak-Geheimdokumenten im Wahlkampf zurücktreten musste, ist seit Juni 2003 der ehemalige Verteidigungsminister Matti Vanhanen Regierungschef.

Die Keskusta-Partei von Vanhanen verhält sich traditionell eher verhalten und pragmatisch zu Fragen der EU-Integration.<sup>34</sup> Sie bildet zusammen mit den Sozialdemokraten und der Schwedischen Volkspartei die Regierung. In die bisherige Amtszeit Vanhanens fielen die Verhandlungen über den Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) sowie über den Finanzplan 2007-2013. In beiden Projekten hat sich Vanhanen zum einen als kompromissbereiter und leidenschaftsloser Verhandlungspartner gezeigt, zum anderen konnte er die Ergebnisse seiner Politik zu Hause erfolgreich verteidigen.<sup>35</sup> Die Europapolitik mag unter Vanhanen nüchterner als zu Zeiten Lipponens geworden sein, doch keineswegs europafeindlich.

27 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Paavo Lipponen confirms he is to retire in 2007, 23.03.06.

28 Vgl. Esko Antola, From the European Rim to the Core, in: The Finnish Institute of International Affairs (Hg.), Northern Dimensions. The Yearbook of the Finnish Institute of International Affairs 1999, Helsinki 1999, S. 5-13.

29 Insbesondere mit dem Ansatz der Nördlichen Dimension, siehe auch 2.1.

30 Vgl. Ahtainen, From Lipponen to Vanhanen.

31 Vgl. Alfred Zänker, Finnland strebt größere Eigenständigkeit an, in: Die Welt, 04.11.97.

32 Vgl. Nikolaus Blome, Bedächtig, hartnäckig, erfolgreich: EU-Präsident Paavo Lipponen, in: Die Welt, 29.12.99.

33 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Poll: Nearly half of Finns favour Finnish candidate for Commission leadership, 02.06.04.

34 Siehe 1.4.1.

35 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Vanhanen at Brussels Summit: All Member States Need to Be Flexible, 18.06.04; Ebd., Finnish MPs ask who will pay extra cost of EU budget settlement, 20.12.05; Ebd., Prime Minister Vanhanen Praises Agreement on EU Constitution, 21.06.04.



Schließlich steht seine Partei nicht alleine in der Regierungsverantwortung. Die Mehrheit der Finnen stellt der Regierung Vanhanen nach fast drei Jahren Amtszeit im Allgemeinen ein positives Zeugnis aus.<sup>36</sup>

### 1.3. Ein starkes Parlament

Der finnische Reichstag, Suomen Eduskunta, wird alle vier Jahre nach Verhältniswahlrecht und ohne Sperrklausel gewählt. Das 200 Abgeordnete umfassende Parlament steht in der skandinavischen Tradition der Konsensdemokratien und der Transparenz.<sup>37</sup> Die Einbindung des Reichstags in die nationale Koordinierung der EU-Politik ist weit reichend und gilt für viele der 2004 beigetretenen EU-Staaten als erfolgreiches Modell.<sup>38</sup>

Das finnische Parlament ist aktiv in die Formulierung der Europapolitik eingebunden. Dabei hat der so genannte „Große Ausschuss“ eine Schlüsselrolle, da er verfassungsrechtlich mit umfassenden Informations-, Kontroll- und Mitwirkungsrechten ausgestattet ist.<sup>39</sup> Der Ausschuss setzt sich aus 25 Mitgliedern sowie 13 Stellvertretern zusammen. Darunter befinden sich meist hochrangige Mandatsträger, was der Bedeutung des Ausschusses Rechnung trägt. Vorsitzender ist gegenwärtig Jari Vilén, ehemaliger Minister für Außenhandel, von der Kokoomus-Partei. Andere Ausschüsse werden je nach Politikfeld eingebunden. Nur Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik werden direkt in den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten geleitet.

Die Arbeit des Parlaments geht dabei über die übliche, nachträgliche, Regierungskontrolle hinaus. Alle Vorhaben der EU-Institutionen, die in die Kompetenzen des Parlaments fallen, müssen von der Regierung an den Reichstagspräsidenten weitergeleitet werden. Diese Vorhaben werden als ‚U-Angelegenheiten‘ klassifiziert, die der Reichstagspräsident an den Großen Ausschuss sowie die jeweiligen Fachausschüsse überweist.<sup>40</sup> Dabei kann der Große Ausschuss Zusatzinformationen zu jedem EU-Vorhaben anfordern; liegen sie außerhalb der Zuständigkeit des Parlaments, werden sie als nachgeordnete ‚E-Angelegenheiten‘ behandelt. Vor jeder Sitzung des Rates der Europäischen Union findet eine Anhörung des zuständigen Ministers statt. Nach den Ratssitzungen erhält der Große Ausschuss einen Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Tagung. Der Ministerpräsident muss außerdem vor und nach den Treffen des Europäischen Rates sowie vor und nach Regierungskonferenzen über den Verlauf informieren und Rechenschaft ablegen.<sup>41</sup> Die Kommunikation des Großen Ausschusses

36 Vgl. Ebd., Prime Minister Vanhanen's Popularity Remains Largely Unchanged, 23.06.05, <http://www.hs.fi/english/article/1101980007228> (eingesehen am 25.01.06).

37 Interessengruppen können in parlamentarische Anhörungen eingeladen werden, Ausschusssitzungen sind für gewöhnlich öffentlich oder werden gefilmt.

38 Vgl. Tapio Raunio/Matti Wiberg, The Parliament of Finland. A Model Case for Effective Scrutiny?, in: Andreas Maurer/Wolfgang Wessels (Hg.), National Parliaments on their Ways to Europe. Losers or Latecomers?, Baden-Baden 2001, S. 173-198 (196ff).

39 Insbesondere die Paragraphen 96 und 97 der finnischen Verfassung von 2000.

40 Vgl. Parliament of Finland, The Grand Committee and EU Matters, <http://www.eduskunta.fi/efakta/opas/tiedotus/esiteen7.htm#THE GRAND COMMITTEE AND EU> (eingesehen am 20.01.06).

41 So etwa nach der Einigung über den Finanzplan 2007-2013, welcher Finnlands Kosten an der EU merklich steigen lässt. Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Finnish MPs

mit der Regierung ist somit sehr umfangreich und fest institutionalisiert. Die Stellungnahmen des Großen Ausschusses, die meist auf denen der Fachausschüsse aufbauen, sind zudem politisch bindend.<sup>42</sup> Die Regierung hat umgehend Rechenschaft abzulegen, sollte sie von den mündlich vereinbarten, aber in Protokollen umfassend dokumentierten und daher nachprüfaren Verhandlungspositionen abweichen. Praktisch ist dies bislang jedoch selten vorgekommen.<sup>43</sup> Letztlich stützt sich die Regierung auf ihre parlamentarische Mehrheit, die ihr auch in Fragen der parlamentarischen Kontrolle den Rücken freihält.

Die Verbindungen des Parlaments zu den europäischen Institutionen, der Ständigen Vertretung Finnlands sowie zur Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente (COSAC) werden vom Sekretariat für EU-Angelegenheiten, das auch einen Repräsentanten mit Sitz im Europäischen Parlament einschließt, gepflegt. Die Verbindungen des nationalen Parlaments zu den finnischen Europa-Abgeordneten sehen – anders als in Deutschland – keine feste Einbeziehung letzterer in die Arbeit des Großen Ausschusses vor. Die Kommunikationskanäle zwischen Parlament und MdEP werden eher über die Parteien und Fraktionen organisiert.<sup>44</sup>

#### 1.4. Europapolitik der Parteien

Das finnische Parteiensystem charakterisiert sich durch seine hohe Fragmentierung. Grund hierfür ist das Verhältniswahlrecht sowie die Tatsache, dass das finnische Wahlsystem auf eine Sperrklausel verzichtet. Drei Parteien machen den Kern der Parteienlandschaft aus, die Sozialdemokratische Partei, die Zentrumspartei (Keskusta) sowie die konservative Kokoomus-Partei. Sie konnten in der Vergangenheit jeweils um die 20 Prozent gewinnen. Die Linksozialisten (Vasemmisto Liito) errangen im Schnitt zehn Prozent der Wähler. Die Grünen (Vihreä Liito) kamen bei der letzten Wahl 2003 auf acht Prozent. Die Schwedische Volkspartei (Svenska Folkpartiet) ist aufgrund der speziellen Minderheitensituation der schwedischsprachigen Bevölkerung sowie des historischen Kontextes<sup>45</sup> bedeutender als ihr Wahlergebnis. Neben diesen sechs Parteien beteiligen sich zwei weitere Gruppierungen am Wettbewerb um die Ausgestaltung der finnischen Politik: Die christlich-demokratische Partei (Suomen Kristillisdemokraatit) erhielt in der Vergangenheit drei bis fünf Prozent, die am rechten Rand stehenden „Wahren Finnen“ (Perussuomalaiset) erzielten zuletzt 1,6 Prozent. Beide Parteien sprechen sich gegen die Mitgliedschaft in der EU aus.

In der Vergangenheit hat sich die finnische Politik durch hohe Koalitionsflexibilität, große Verhandlungsbereitschaft sowie Konsenssuche aus-

ask who will pay extra cost of EU budget settlement.

42 Vgl. Parliament of Finland, The Grand Committee and EU Matters.

43 Teija Tiilikainen, Finland: Smooth Adaptation to European Values and Institutions, in: Wolfgang Wesels/Andreas Maurer/Jürgen Mittag (Hg.), Fifteen into One? The European Union and Its Memberstates, Manchester/New York 2003, S. 150-165 (157).

44 Tiilikainen, Finland, S. 158.

45 Die „Sprachenfrage“ zwischen finnisch- und schwedischsprachigen Finnen dominierte die Entstehungsphase des finnischen Parteiensystems bis etwa 1900.

gezeichnet. Die „Regenbogenkoalition“ unter Lipponen, die lediglich die Zentrumsparterie als nennenswerte Opposition übrig ließ, stellte dies eindrucksvoll unter Beweis. Diese Konstellation überstand zwei Legislaturperioden.

Die Konfliktlinien der Parteien verlaufen nicht nur entlang der Links-Rechts-Achse, auch der politische Kontrast zwischen Stadt und Land gewinnt zunehmend an Bedeutung. Eine grundsätzliche Debatte für oder gegen die EU findet zwischen den Parteien dagegen nicht statt.<sup>46</sup>

#### 1.4.1. Suomen Keskusta (KESK) - Zentrumsparterie

Die Zentrumsparterie wurde 1906 als Bauernparterie gegründet, bis heute ist sie in den ländlichen Gebieten dominierend.<sup>47</sup> In der Vergangenheit war sie an der Mehrzahl der finnischen Regierungen beteiligt, mit Urho Kekkonen stellte sie von 1956-82 über einen langen Zeitraum den finnischen Präsidenten. Die Regierung unter Ministerpräsident Esko Aho führte Finnland 1991-95 in die EU. Die Mehrzahl der Parteianhänger unterstützte dies nicht, 63 Prozent ihrer Unterstützer stimmten im Referendum 1994 gegen den Beitritt.<sup>48</sup> Die Parteispitze, allen voran Ministerpräsident Aho, hielt die Partie trotzdem auf Europakurs.<sup>49</sup> Nachdem die Zentrumsparterie 1995 in die Opposition wanderte, sprach sie sich dann aber 1997 gegen den Beitritt zur Währungsunion aus.<sup>50</sup>

Die Zentrumsparterie hat mehrfach Regierungsverantwortung bewiesen und auch schwierige europäische Entscheidungen innenpolitisch verteidigt.<sup>51</sup> Entscheidend war hierbei die Durchsetzungsfähigkeit der Parteiführung. Die europapolitischen Zielparameter der Partie betonen eine EU als Zusammenschluss souveräner und unabhängiger Staaten. Einen föderalen Charakter lehnt sie strikt ab.

Seit 2003 ist sie wieder stärkste Fraktion und stellt erneut den Ministerpräsidenten. Unter Matti Vanhanen werden die Ministerien für Außenhandel, Verteidigung, Handel und Industrie, Regionale und Kommunale Angelegenheiten, Kultur, Land- und Forstwirtschaft sowie Gesundheit und Sozialdienste von Politikern der Zentrumsparterie geführt. Der finnische EU-Kommissar Olli Rehn ist zuständig für Erweiterungsfragen. Rehn war zuvor unter anderem Wirtschaftspolitik-Berater der Vanhanen-Regierung.

46 Vgl. Pertti Pesonen/Risto Sänkiäho, The Finnish Referendum on Membership in the EU, in: Finnish Institute of International Affairs, Yearbook of Finnish Foreign Policy 1994, Helsinki 1994, S. 52-59.

47 Vgl. Juhani Mylly, The Agrarian/Center Party in Finnish Politics, in: Juhani Mylly/R. Michael Berry, Political Parties in Finland. Essays in History and Politics, Turku 1984, S. 98-120.

48 Vgl. Pesonen/Sänkiäho, The Finnish Referendum on Membership in the EU, S. 55.

49 Vgl. Raunio/Tiilikainen, Finland in the European Union, S. 49f.

50 Vgl. Malin Andersson/Pekka Nurminen, EMU and Finland. European Parliament, Taskforce on Economic and Monetary Union, Briefing 17 (second revision), Brüssel 1998, S. 17, [http://www.europarl.eu.int/euro/country/general/sf\\_en.pdf](http://www.europarl.eu.int/euro/country/general/sf_en.pdf) (eingesehen am 24.01.06).

51 Die Zentrumsparterie folgte nicht der anti-europäischen Linie der Finnish Farmer's and Forest Owner's Union (MTK) im Vorfeld des Referendums. Vgl. Raunio/Tiilikainen, Finland in the European Union, S. 28f. Ebenso verteidigte Vanhanen den Verfassungsentwurf vor der eigenen Partei. Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Prime Minister Vanhanen Praises Agreement on EU Constitution.

### 1.4.2. Sosialidemokraattinen Puolue (SDP) – Sozialdemokraten

Die Sozialdemokratische Partei Finnlands wurde 1899 als Arbeiterpartei gegründet, schon in den 1920er Jahren schlug sie einen moderateren wirtschaftspolitischen Kurs ein und war seit Ende der 1930er Jahre regelmäßig Regierungsmitglied.<sup>52</sup> Seit 1982 stellte die SDP zudem den finnischen Präsidenten.<sup>53</sup> Paavo Lipponen, Ministerpräsident 1995-2003 war einer der ersten, die den Beitritt zur EU thematisierten, Ende 1991 nahm die SDP offiziell ihre positive Position zugunsten des Beitritts ein. 1994 stimmten 75 Prozent der SDP-Wähler für den Beitritt.<sup>54</sup> Ebenso wie für den Beitritt zur EU machte sich Lipponen auch für den Beitritt zur Währungsunion stark. Auch dieser Position schloss sich die Partei an und sprach sich im September 1997 für die Beteiligung an der Eurozone aus.<sup>55</sup>

Die finnischen Sozialdemokraten sind betont pro-europäisch. In ihrem Programm von 2005 „Towards Strong Europe“ definieren sie Europa als diejenige Gemeinschaft, mit der Finnland historisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell verbunden ist.<sup>56</sup> Europa stelle das Hauptinstrument für mehr Beschäftigung dar. In sozialen Fragen wünscht sie sich mehr einheitliche, europäische Standards. Ebenso sieht sie eine europäische Steuerpolitik als wünschenswert an. Auch die Umwelt- und Einwanderungspolitik sollten europäisch geregelt werden. Die SDP ist darüber hinaus eine entschiedene Verfechterin des VVE.

In der Regierung Vanhanen ist die SDP Koalitionspartner der Zentrumspartei zusammen mit der Schwedischen Volkspartei. Der neue Parteivorsitzende seit 2005 Eero Heinäluoma ist Vize-Ministerpräsident und besetzt das Finanzressort. Außenminister Finnlands ist der Sozialdemokrat Erkki Tuomioja. Weitere SDP-Minister sind für die Ressorts Inneres, Arbeit, Bildung, Transport und Kommunikation, Soziale Angelegenheiten und Gesundheit sowie Justiz zuständig. Paavo Lipponen ist seit 2003 Reichstagspräsident.

### 1.4.3. Kansallinen Kokoomus (KOK) – Konservative

Nach der Unabhängigkeit Finnlands formierte sich 1918 die Kokoomus-Partei. Ihre Basis waren Großgrundbesitzer und Unternehmer des südlichen Landesteils, heute ist die Kokoomus weiterhin in den südlichen, urbanen Gebieten besonders bei Wählern im dritten Sektor erfolgreich. Der bedeutendste Parteivorsitzende war Juho Kusti Paasikivi, finnischer Präsident 1946-1956. Seit dem Zweiten Weltkrieg waren die Konservativen nur selten an der Regierung beteiligt. 1987-1991 stellten sie ihren bisher einzi-

52 Vgl. Tapani Paavonen, The Finnish Social Democratic Party since 1918, in: Mylly/Berry, Political Parties in Finland, S. 137-152 (137f, 188f).

53 Mauno Koivisto 1982-94, Martti Ahtisaari 1994-2000, Tarja Halonen seit 2000.

54 Vgl. Pesonen/Sänkiahio, The Finnish Referendum on Membership in the EU, S. 55.

55 Vgl. Andersson/Nurminen, EMU and Finland, S. 16.

56 Finnish Social Democratic Party, Towards Strong Europe. The Vision Programm of the Social Democrats on the Future of Europe, Adopted in the XXXX. Congress of the Finnish Social Democratic Party (Unofficial Translation), held in Jyväskylä 9.-11.06.05, <http://www.sdp.fi/easydata/customers/sdp/files/pdf/EuropeVisionSDP.pdf> (eingesehen am 26.01.06), S. 5.

gen Ministerpräsidenten, Harri Holkeri, und bis 2003 saßen sie in der Regenbogenkoalition Lipponens. Die Kokoomus-Partei befürwortete als erste finnische Partei 1991 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. 89 Prozent ihrer Anhänger stimmten im Referendum 1994 für den Beitritt, ebenso sprach sich die Partei früh für die finnische Beteiligung an der Eurozone aus.<sup>57</sup>

Die Kokoomus-Partei gilt als die pro-europäischste Partei Finnlands. In ihrem europapolitischen Programm preist sie die Europäische Integration als Faktor für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Sicherheit der finnischen Demokratie.<sup>58</sup> Für eine Erweiterung der Kompetenzen der EU spricht sie sich jedoch nur bedingt aus; der Partei schwebt eine effiziente, arbeitsfähige Union mit beschränkten Kompetenzen im Geiste der Subsidiarität vor. Sie kritisiert die Praxis der Agrar- und Regionalpolitik und spricht sich für eine teilweise Renationalisierung etwa der Agrarsubventionen aus.

Die finnische Rechte befindet sich gegenwärtig in der Opposition. Neuer Vorsitzender ist seit 2004 der 35-jährige Jyrki Katainen. Vorsitzender des für Europafragen zuständigen Grossen Ausschusses ist der konservative Jari Vilén. Der ehemalige Vorsitzende, 1994-2001, Sauli Niinistö kandidierte 2006 für die Präsidentschaft und unterlag in der zweiten Wahlrunde mit 48,2 Prozent der Favoritin Tarja Halonen. Niinistö ist derweil weiterhin Vize-Präsident der Europäischen Investitionsbank, er könnte jedoch bei der nächsten Parlamentswahl 2007 aussichtsreicher Spitzenkandidat werden.<sup>59</sup>

#### 1.4.4. Vasemmisto Liitto (VAS) – Linkssozialisten

Die Linke Allianz ging 1990 aus der Finnischen Kommunistischen Partei hervor. Die Partei nahm keinen Standpunkt zum EU-Beitrittsreferendum ein. Im Ergebnis stimmten 76 Prozent der VAS-Anhänger gegen den Beitritt.<sup>60</sup> Den Bemühungen um den Beitritt zur Währungsunion stimmte die Parteibasis dann jedoch zu, die Parteiführung machte die Regierungsbeteiligung (1995-2003) davon abhängig.<sup>61</sup>

Auch wenn die Anhänger der extremen Linken zu den größten Kritikern der EU gehören, ist das offizielle Parteiprogramm in Europafragen recht moderat.<sup>62</sup> Wirtschaftliche und soziale Fragen bilden den Schwerpunkt. Die Rolle und Verantwortung der EU in der Welt wird betont. Die konstitutionelle Entwicklung der EU sowie der VVE werden nicht abgelehnt.<sup>63</sup>

57 Andersson/Nurminen, EMU and Finland, S. 16.

58 Kansallinen Kokoomus, Kokoomus and European Policy, <http://vanha.kokoomus.fi> (eingesehen am 24.01.06).

59 Vgl. Antti Kokkonen, COMMENTARY: Finnish Presidential election had two winners, in: Helsingin Sanomat (International Edition), 30.01.06.

60 Vgl. Pesonen/Sänkiahö, The Finnish Referendum on Membership in the EU, S. 55.

61 Vgl. Andersson/Nurminen, EMU and Finland, S. 16.

62 Vgl. Our Europe, The Left Alliance Programme for the European Elections 2004, Adopted at the Party Council on 28th March 2004.

63 Vgl. The Left Alliance Party Board, Also the Finnish Government Must Bear Its Responsibility for the Acceptability of the EU, 15.06.05, [http://www.vasemmistoliiitto.fi/politiikka/kannanotot/kannanotot\\_2005/en\\_GB/118992749](http://www.vasemmistoliiitto.fi/politiikka/kannanotot/kannanotot_2005/en_GB/118992749)

#### 1.4.5. Vihreä Liitto (VIHR) – Grüne

Ende der 1970er entstand in Finnland die Grüne Bewegung, schon 1983 zogen die ersten zwei Abgeordneten in den Reichstag ein. Von 1995 bis 2003 waren die Grünen in der Regenbogenkoalition unter Lipponen vertreten, 2003 erhielten sie ihr bestes Wahlergebnis mit 8,0 Prozent. Ebenso wie die Linke Allianz enthielt sich die Grüne Partei einer Position während des Beitrittsreferendums, anders als bei der VAS stimmten aber immerhin 55 Prozent der VIHR-Anhänger für den Beitritt.<sup>64</sup> Die Parteiführung selbst war ebenfalls gespalten. Den Beitritt zur Eurozone trug die Führung mit einem Beschluss 1998 mit.<sup>65</sup>

Schwerpunkte des europapolitischen Programms der Grünen sind neben Umwelt- und Verbraucherfragen die Betonung von Bürgerrechten sowie eine nicht-militärische und auf Konfliktprävention ausgerichtete, europäische Sicherheitspolitik.<sup>66</sup>

#### 1.4.6. Svenska Folkpartiet (SFP) – Schwedische Volkspartei

Die Politisierung des Konflikts zwischen finnisch- und schwedischsprachigen Finnen ließ seit den 1860er Jahren die Finnische Partei und die Schwedische Partei entstehen. Aus letzterer ging 1906 die Schwedische Volkspartei hervor, die die politische Vertretung der schwedischen Finnen, heute etwa 6 Prozent, wahrnimmt. Die Minderheitensituation stellt eine besondere Legitimation der SFP dar, sie war an zwei Dritteln aller finnischen Regierungen beteiligt. Die SFP befürwortete den Beitritt zur EU entschieden und 85 Prozent ihrer Anhänger stimmten im Referendum für den Beitritt.<sup>67</sup> Der Beitritt zur Währungsunion wurde ebenso eindeutig befürwortet.<sup>68</sup>

Die politische Agenda der Schwedischen Volkspartei ist zunächst durch die Verteidigung der schwedischen Kultur dominiert. Seit ihrer Entstehung ist sie liberal orientiert, in ihrem Programm betont sie explizit, die Europäische Integration aktiv vorantreiben zu wollen.<sup>69</sup>

In der gegenwärtigen Regierung ist der Parteivorsitzende der SFP, Jan-Erik Enestam, Minister für Umwelt.

### 1.5. Bevölkerungseinstellungen zur EU

Die finnische Bevölkerung stimmte im Oktober 1995 über den Beitritt zur Europäischen Union ab, 57 Prozent stimmten mit Ja, 43 Prozent mit

093/ (eingesehen am 27.01.06).

64 Vgl. Pesonen/Sänkiahö, The Finnish Referendum on Membership in the EU, S. 55f.

65 Vgl. Andersson/Nurminen, EMU and Finland, S. 16.

66 Vgl. Towards a Strong Europe of Regions, Statement by the Green League on the Development of the EU, Party Congress of the Green League of Finland, 19.-20.05.01, <http://www.vihrealiitto.fi/eustatement.shtml> (eingesehen am 27.01.06).

67 Vgl. Raunio/Tiilikainen, Finland in the European Union, S. 48ff; Pesonen/Sänkiahö, The Finnish Referendum on Membership in the EU, S. 55f.

68 Vgl. Andersson/Nurminen, EMU and Finland, S. 16.

69 Vgl. The Swedish People's Party, Political program accepted 7.6.1997 in Tammerfors, <http://www.sfp.fi/en/page.php?pageid=41> (eingesehen am 27.01.06).

Nein.<sup>70</sup> Seitdem hat sich Finnland gut in die Union integriert und gilt als Modell für einen geglückten Beitritt. Ein Blick auf die Daten der Eurobarometer von 1996 bis 2006 gibt ein genaueres Bild der finnischen Meinung zu Europa.<sup>71</sup>

Zwischen 1996 und 2006 gaben zwischen 37 und 48 Prozent der Finnen an, die Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache zu halten. Damit lagen sie stetig unter dem europäischen Durchschnitt. Im Frühjahr 2006 lag dieser EU-Wert bei 55 Prozent, lediglich 39 Prozent der Finnen teilten diese Meinung. Zum Vergleich: 77 Prozent der Iren sahen die Mitgliedschaft ihres Landes als eine gute Sache an. Irland und Finnland können in ihrer Größe, peripheren Lage und Nachbarsituation durchaus verglichen werden. Nur 36 bis 49 Prozent der Finnen gaben in dem gleichen Zeitraum an, sie seien der Meinung, dass ihr Land durch die Mitgliedschaft Vorteile habe. Anfang 2006 lag der EU-Durchschnitt bei 54 Prozent, dagegen empfanden nur 45 Prozent der Finnen die Mitgliedschaft als vorteilhaft. Länder wie Litauen, Dänemark oder Spanien liegen mit um die 70 Prozent weit oberhalb des Durchschnitts. Die Finnen sind weit weniger europabegeistert als andere Völker und bewegen sich dabei konstant deutlich unterhalb des Durchschnitts. Dies mag verwundern, da der reale Nutzen der Mitgliedschaft zumindest in der Gruppe der 1995 beigetretenen Staaten am größten war. Nach einer Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo) von 2003 hatte Finnland in den Jahren 1995-2001 einen integrationsbedingten realen BIP-Zuwachs von 0,83 Prozent.<sup>72</sup>

Konnten sich Ende 2004 noch 58 Prozent der Finnen für eine europäische Verfassung begeistern, waren es Anfang 2006 nur noch 45 Prozent, was in etwa den Werten von 2003 und 2001 entspricht. Der europäische Durchschnitt lag im Frühjahr 2006 bei 61 Prozent. In Ländern wie Belgien, Ungarn und Deutschland liegt die Zustimmung bei über 70 Prozent.<sup>73</sup>

Die Zustimmung zur Erweiterung der EU war in den letzten Jahren schwankend, was sicherlich durch die Ereignisse und Aussichten dieses Themas bedingt ist. Von Ende 2001 bis Anfang 2003 war die Mehrheit der Finnen im Allgemeinen für die Erweiterung, Ende 2002 waren es 68 Prozent. Für Finnland bedeutete die Erweiterung im konkreten Fall die Aufnahme der Ostseeanrainer Estland, Lettland, Litauen und Polen. Ende 2003 fiel die Unterstützung jedoch rapide auf 36 Prozent ab, seitdem liegt sie konstant unter dem EU-Durchschnitt von gegenwärtig 45 Prozent.

Seit Beginn der Befragung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen des Standard-Eurobarometers Ende 2002 haben überdurchschnittlich viele Europäer die ESVP befürwortet, die Zustimmung lag zwischen 64 und 78 Prozent. Die finnische Bevölkerung hat

70 Vgl. Yrjö Venna, EU-Finland. First-Year Impressions, Eipascope 1995/3, <http://www.eipa.nl/Eipascope/95/3/2.htm> (eingesehen am 27.01.06).

71 Verwendet wurden die Standard Eurobarometer 46, 48, 50, 52, 54, 56, 57, 58, 59, 60, 62, 63, 64, 65. Siehe [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/standard\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/standard_en.htm) (alle eingesehen am 27.01.06).

72 Vgl. Fritz Breuss, Österreich, Finnland und Schweden in der EU, S. 37.

73 Vgl. Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP), Stand der Ratifikation der EU-Verfassung. Finnland, <http://www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation/finnland.php> (eingesehen am 27.01.06).

dies wesentlich weniger, gleichwohl in der Tendenz, unterstützt. Ende 2002 gaben nur 48 Prozent der Finnen eine positive Meinung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ab, Ende 2005 waren es immerhin 63 Prozent.

Bemerkenswerterweise ist das finnische Meinungsbild zum Euro seit der Einführung 2002 stetig angestiegen. Lag sie mit 45 Prozent Ende 2000 bzw. mit 49 Prozent Ende 2001 noch merklich unter dem EU-Durchschnitt, so liegt die Zustimmung zum Euro inzwischen bei 77 Prozent Ende 2005 (EU-Durchschnitt 59 Prozent).

## 2. Finnische Europa-Strategien in ausgewählten Politikfeldern

### 2.1. Nördliche Dimension der EU

Die Idee der Konzeption eines Programms zur Nördlichen Dimension der EU (NDEU) entstand schon während der Beitrittsverhandlungen, aber erst im September 1997 begann Finnland das Thema auf die Agenda der EU zu setzen. Der finnische Ministerpräsident Lipponen kündigte in seiner Rede bei der Barents Conference in Rovaniemi die Schaffung eines entsprechenden Konzeptprogramms an. Dieses sollte im Rahmen bereits vorhandener Organisationen im weitesten Sinne Sicherheit, Stabilität und Prosperität schaffen. Im Mai 1998 konkretisierte Lipponen die Gegenstände seiner Initiative. Neben Fragen der Sicherheit und in diesem Zusammenhang der Beziehungen der EU zu Russland sollten die Themen Energie, Umwelt, Transport und Kriminalität unter Berücksichtigung der besonderen, nordischen Gegebenheiten im Rahmen der Nördlichen Dimension behandelt werden.<sup>74</sup>

Der Europäische Rat griff das Thema im Dezember 1997 in Luxemburg auf. Die Kommission legte dem Europäischen Rat im Dezember 1998 in Wien den Bericht „A Northern Dimension for the policies of the Union“ vor. In Köln wurden 1999 „Guidelines for the implementation of the Northern Dimension“ verabschiedet. Während der Ratspräsidentschaft 1999 konnte Finnland die Nördliche Dimension schließlich auf den Weg bringen. Im November 1999 wurde in Helsinki die erste Außenministerkonferenz über die Nördliche Dimension abgehalten. Im Juni 2000 verabschiedete der Europäische Rat in Feira schließlich den ersten Aktionsplan für 2001 bis 2003.<sup>75</sup>

#### 2.1.1. Akteure, Institutionen, Instrumente

Der geographische Raum der Nördlichen Dimension umfasst das nördliche Europa, von Nordwest-Russland bis nach Island und von der Barent-

74 Vgl. Hiski Haukkala, Introduction, in: Hiski Haukkala (Hg.), *Dynamic Aspects of the Northern Dimension*, Turku 1999, S. 9-20 (10ff).

75 Vgl. Europäische Kommission, *Northern Dimension. History*, Januar 2006, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/index.htm#History](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/index.htm#History) (eingesehen am 01.02.06).



See bis zur südlichen Küste der Ostsee.<sup>76</sup> Als Regierungsakteure definierte die Europäische Kommission jedoch nur die EU-Mitglieder Dänemark, Deutschland, Schweden, Polen, Finnland, Estland, Lettland und Litauen sowie die Nicht-Mitglieder Norwegen, Island und Russland.<sup>77</sup>

Wie schon Lipponen 1997 in seiner initiierenden Rede vorschlug, hat die Nördliche Dimension keine neuen Institutionen geschaffen. Als Arenen bzw. institutioneller Rahmen dienen bereits vorhandene Organisationen, der Ostseerat (Council of Baltic Sea States) und der Barent Euro-Arctic Council. In beiden Organisationen ist die Europäische Kommission Mitglied. Des Weiteren stehen der Arktische Rat und der Nordische Rat zur Verfügung; in diesen Organisationen ist die EU nur beobachtend beteiligt.<sup>78</sup>

Ein wichtiges Instrument der NDEU sind Förder- und Investitionsprogramme der EU. Das Interreg III-Programm, das interregionale Kooperation innerhalb der EU fördert, und das Tacis-Programm, das etwa Russland und Weißrussland einschließt, spielen hierbei eine besondere Rolle. Investitionen werden etwa von der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Nordischen Investmentbank, der Nordischen Umwelt Finanz Gesellschaft sowie dem Nordischen Projektfond getätigt.

Das NDEU-Programm verfügt dagegen weder über eigene Finanzen noch über eigene Institutionen. Auch heute stellt es nur einen konzeptionellen Rahmen für bestehende Akteure und Instrumente dar.

### 2.1.2. Gegenstände der NDEU

Die Politikfelder, die die Nördliche Dimension einschließt, sind breit gefächert. Im Kern des Gedankens steckt aber die Sicherheit, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung des europäischen Nordens. „Harte“, militärische und verteidigungspolitisch relevante Sicherheitsfragen werden jedoch nicht angesprochen. Die Nördliche Dimension schließt sowohl EU-Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder ein, ist somit also zwischen den Feldern der EU-Außenbeziehungen und der eher nach Innen gerichteten EU-Politiken zu verorten. Gleichwohl führt die Europäische Kommission die NDEU als Teil ihrer Außenbeziehungen, um vor allem dem NDEU-Fokus auf Russland Rechnung zu tragen.

Der erste Bericht der Kommission an den Europäischen Rat von 1998 umschrieb den Bereich der Nördlichen Dimension noch wenig konkret.<sup>79</sup> Im Aktionsplan 2004-2006 werden folgende Themenbereiche genannt:

76 Vgl. Europäische Kommission, The Northern Dimension Geographical Area, Januar 2006, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/#The%20Northern%20Dimension%20Geo](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/#The%20Northern%20Dimension%20Geo) (eingesehen am 31.01.06).

77 Vgl. Europäische Kommission, Guidelines for the Development of a Political Declaration and a Policy Framework for the Northern Dimension Policy from 2007, 2005, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/doc/guidelines05.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/guidelines05.pdf) (eingesehen am 31.01.06), S. 1.

78 Vgl. Europäische Kommission, Guidelines for the Development of a Political Declaration and a Policy Framework for the Northern Dimension Policy from 2007, S. 1.

79 Vgl. Europäische Kommission, A Northern Dimension for the Policies of the Union, 25.11.98, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/doc/com1998\\_0589en.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/com1998_0589en.pdf) (eingesehen am 31.01.06).

Wirtschaft, Unternehmen, Infrastruktur; Humanressourcen, Bildung, Forschung, Gesundheit; Umwelt, Nuklearsicherheit, natürliche Ressourcen; Grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Organisierte Kriminalität, integrierte Grenzverwaltung und Zivilschutz. Ein besonderes Augenmerk widmet die NDEU seitdem Kaliningrad und der Arktischen Region. Es fällt jedoch auf, dass bei vielen der politikbereichsspezifischen Einzelmaßnahmen der Nordwesten Russlands sowie Kaliningrad explizit als Bezugsraum gewählt werden.<sup>80</sup> Deutlich wird damit, dass die NDEU aus der Perspektive der EU-Kommission vor allem ein Instrument zur Gestaltung der Beziehungen mit diesen Regionen darstellt.

Erträge dieser Konzentration sind etwa Projekte zur Sicherung von radioaktivem Müll in Nordwest-Russland, zur Verbesserung des Grenzverkehrs zwischen Finnland und Russland und zur Aids-Prävention in und um Kaliningrad.<sup>81</sup>

### 2.1.3. Finnland und die Nördliche Dimension

Finnland nutzte die Möglichkeiten seiner ersten Ratspräsidentschaft 1999 um das Projekt der NDEU auf den Weg zu bringen. Seit 2001 hat Finnland mehrere Foren zum Thema veranstaltet, 2003 fand das vorerst letzte Fachforum statt.

**Tab. 1: Von Finnland veranstaltete Foren zur NDEU**

National ND Forum, Oulu, 15. Januar 2001 <i>Vorbereitung auf den ersten Aktionsplan, nur national</i>
ND Forum, Lappeenranta, 22.-23. Oktober 2001 <i>International geöffnet, Kooperation mit Russland, Baltische Staaten</i>
Northern eDimension Kick-Off Seminar, Tampere, 6.-7. November 2001 <i>Informationsgesellschaft im nördlichen Europa</i>
ND Forum, Turku, 15.-16. April 2002 <i>Nationales Wissenschaftlertreffen zur ND</i>
ND/Environmental Forum, Rovaniemi, 3. Juli 2002 <i>Kooperation im Umweltschutz</i>
ND Forum, Kajaani, 17.-18. Juli 2002 <i>Technologie für nachhaltige Entwicklung der Arktis</i>
ND Forum, Joensuu, 16.-17. September 2002 <i>Sozialschutz und Gesundheit</i>
Intern. Northern eDimension Forum, Pori, 11.-12. November 2002 <i>Informationsgesellschaft im nördlichen Europa</i>
ND Labour Market Forum, Helsinki, 10.-11. Februar 2003 <i>Arbeit</i>
Intern. Logistics Forum on the ND, Kymenlaakso, 2.-3. Oktober 2003 <i>Logistik</i>

Quelle: The Northern Dimensions Forums,  
[http://arcticcentre.urova.fi/pohjoinen\\_ulottuvuus/nd.asp](http://arcticcentre.urova.fi/pohjoinen_ulottuvuus/nd.asp) (eingesehen am 17.02.06).

Finnland hat damit versucht, die Ausgestaltung des Projekts weiter zu fördern. Im Jahrbuch des Finnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten von 1999 beschreibt ein Artikel mit dem Titel „How to customi-

80 Vgl. Europäische Kommission, Zweiter Aktionsplan für die Nördliche Dimension 2004-2006, 10.06.03, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/ndap/com03\\_343\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndap/com03_343_de.pdf) (eingesehen am 31.01.06).

81 Vgl. Europäische Kommission, Northern Dimension. Project Examples, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/examples.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/examples.htm) (eingesehen am 01.02.06).

se your Union“, wie die finnische Regierung die Nördliche Dimension implementiert hat, wie sie angenommen und konkretisiert wurde.<sup>82</sup> Bereits der Titel des Artikels drückt aus, was Ziel der finnischen Regierungsinitiative war. Es ging um nichts weniger als die „Prägung“ der EU auf der Grundlage der akuten, aber auch mittelfristig angelegten Bedürfnisse Finnlands.

Im allgemeinen verfügen Ratspräsidentschaften aufgrund ihrer vertraglich vorgeschriebenen Aufgaben und Handlungsbeschränkungen sowie der relativ kurz bemessenen Zeiträume ihrer Vorsitze nur selten über die Möglichkeit, eine eigenständige, unmittelbar am nationalen Eigeninteresse vermessene Politikinitiative erfolgreich und für einen längeren Zeitraum in den EU-Rahmen einzuspeisen. Insofern hat Finnland einen Ausnahmeerfolg im Verbund der seinerzeit 15 Staaten erzielt. Denn immerhin gelang es einem vergleichsweise kleinen und jungen EU-Mitglied, den Außenbeziehungen der EU eine besondere Komponente hinzuzufügen, die weit über das Politikfeld der Außen- und Sicherheitspolitik in die Bereiche der Wirtschafts-, Struktur-, Umwelt- und Verkehrspolitik der EU ausstrahlt hat.

Finnland hat die Nördliche Dimension ins Leben gerufen und ein vitales Interesse an seiner Ausgestaltung. Die finnische Republik liegt im Zentrum des geographischen Raums der Nördlichen Dimension, Russland, der größte Nachbar Finnlands, ist wichtigster Bezugspunkt des Aktionsplans für die Nördliche Dimension 2004-2006.<sup>83</sup> In den letzten Jahren war die NDEU immer wieder Gesprächsthema finnisch-russischer Treffen.<sup>84</sup> Diese beiden Länder sind mittlerweile der Kern der Nördlichen Dimension.<sup>85</sup>

Tab. 2: Ratssitzungen mit Beschlüssen zur NDEU

Brüssel	16.-17. Oktober 2003
Barcelona	15.-16. März 2002
Göteborg	15.-16. Juni 2001
Santa Maria Da Feira	19.-20. Juni 2000
Helsinki	10.-11. Dezember 1999
Köln	3.-4. Juni 1999
Wien	11.-12. Dezember 1998
Cardiff	15.-16. Juni 1998
Luxemburg	12.-13. Dezember 1997

Quelle: Europäische Kommission, The Northern Dimension. Documents.

82 Vgl. Hanna Ojanen, How to Customise Your Union. Finland and the “Northern Dimension of the EU”, in: The Finnish Institute of International Affairs, Northern Dimensions. Yearbook 1999, Helsinki 1999, S. 13-26.

83 Vgl. Ebd.

84 Vgl. Prime Minister’s Office, Prime Minister Vanhanen to Moscow, Press release 167/2005, <http://www.valtioneuvosto.fi/vn/liston/base.jsp?r=94588&k=en&old=1299&rapo=1240> (eingesehen am 01.02.06); Ebd., Russian Prime Minister Kasyanov to Finland, Press release 325/2003, <http://www.valtioneuvosto.fi/vn/liston/base.jsp?r=44873&k=en&old=1299&rapo=1240> (eingesehen am 01.02.06).

85 Vgl. Prime Minister’s Office, Prime Minister Matti Vanhanen on the 56th session of the Nordic Council in Stockholm, 1 November 2004, <http://www.valtioneuvosto.fi/vn/liston/base.jsp?r=89670&k=en&old=1300> (eingesehen am 01.02.06).

Tab. 3: EU-Dokumente zur NDEU

Northern Dimension Policy Framework Document <i>Northern Dimension Summit, Helsinki 24.11.06</i>
Political Declaration on the Northern Dimension Policy <i>Northern Dimension Summit, Helsinki 24.11.2006</i>
2005 Annual Progress Report on the Implementation of the Northern Dimension Action Plan <i>Arbeitsdokument vom 02.06.06 SEC (2006) 729</i>
Guidelines for the development of a political declaration and policy framework document for Northern Dimension policy from 2007 <i>Northern Dimension Ministerial Meeting, Brüssel, 21.11.05</i>
Joint Press Release on the IV Northern Dimension Ministerial Meeting <i>Pressemitteilung des Rates 14701/05 (Presse 305) vom 21.11.05</i>
European Parliament resolution on the future of the Northern Dimension <i>P6_TA(2005)0430, 16.11.05</i>
2004 Annual Progress Report on the Implementation of the Northern Dimension Action Plan <i>Arbeitsdokument vom 20.05.05 SEC (2005) 688</i>
2003 Annual Progress Report on the Implementation of the Northern Dimension Action Plan <i>Arbeitsdokument vom 23.12.03 SEC (2003) 1483</i>
The Northern Dimension Action Plan 2004-2006 <i>Arbeitsdokument vom 10.06.03 COM (2003) 343 final</i>
2002 Progress Report on the implementation of the Northern Dimension Action Plan <i>Arbeitspapier vom 26.11.02 SEC (2002) 1296</i>
Guidelines for a new Action Plan <i>Schlussfolgerungen des Rates vom 21.10.2002</i>
Kaliningrad: Transit <i>Mitteilung an den Rat vom 18.09.02 COM (2002) 510 final</i>
Environment in the Northern Dimension <i>Positionspapier, COM (11/2001)</i>
Full Report on Northern Dimension Policies <i>Report der Rates an den Europäischen Rat vom 12.06.01</i>
A Northern Dimension for the policies of the Union: An inventory of current activities <i>COM (4/2001)</i>
Northern Dimension – Meeting of Foreign Ministers, Luxembourg, 9. April 2001 <i>Arbeitspapier vom 29.03.01 SEC (2001) 552</i>
The EU and Kaliningrad <i>Mitteilung an den Rat vom 17.01.01 COM (2001) 26 final</i>
A Guide to bringing INTERREG and TACIS funding together <i>Veröffentlichung, Luxembourg 2001</i>
Strengthening the Northern Dimension of European Energy Policy <i>Mitteilung, COM (11/1999)</i>
A Northern Dimension for the policies of the Union: An inventory of current activities <i>COM (9/1999)</i>
The implementation of a Northern Dimension for the policies of the European Union <i>vom Europäischen Rat angenommen am 31.05.1999</i>
A Northern Dimension for the policies of the Union <i>Mitteilung, COM (1998) 0589 final</i>

Quelle: Europäische Kommission, The Northern Dimension. Documents.

#### 2.1.4. Perspektiven

Die Nördliche Dimension ist in Finnland nicht unumstritten, besonders die Kokoomus-Partei kritisiert das Programm und fordert eine Verlagerung auf eine Strategie für den Ostsee-Rahmen.<sup>86</sup> Ministerpräsident Vanhanen teilt diese Ansicht nicht, er sieht die NDEU weiterhin als Politik an, um Projekte im gesamten nördlichen Europa voranzutreiben.<sup>87</sup>

86 Vgl. Jyrki Katainen, The Chairman of the National Coalition Party, Summary of the Speech at the Aleksanteri Institute on 18 May 2005, [http://www.kokoomus.fi/mp/db/material\\_folder/x/IMG/11356:11351/file/Englanninkielinentalma.doc](http://www.kokoomus.fi/mp/db/material_folder/x/IMG/11356:11351/file/Englanninkielinentalma.doc) (eingesehen am 02.01.06).

87 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Vanhanen Says New Projects Could Boost

Unterdessen hatte das NDEU-Ministertreffen im November 2005 die Einleitung einer neuen Phase angekündigt und „Guidelines for the development of a political declaration and a policy framework document on the Northern Dimension“ verabschiedet.<sup>88</sup> Im November 2006 wurden im Rahmen eines Gipfeltreffens der EU, Russlands, Norwegens und Islands das „Northern Dimension Policy Framework Document“ und die „Political Declaration on the Northern Dimension Policy“ verabschiedet.<sup>89</sup> Damit wird eine dauerhafte Grundlage für die Nördliche Dimension geschaffen. Regelmäßige Treffen werden in Zukunft auf Minister- und höherer Beamtenebene stattfinden. Zentrales Anliegen der neuen Ausrichtung ist die Nutzung der NDEU zur nordeuropäischen Ausprägung der vier Gemeinsamen Räume<sup>90</sup> mit Russland, wobei die jetzige Funktionsweise des Projekts nicht verändert werden soll. Das neu geschaffene European Neighbourhood and Partnership Instrument soll ab 2007 das zentrale, EU-gestützte Instrument der NDEU werden. Finnland hat seine Ratspräsidentschaft abermals genutzt, um der Nördlichen Dimension neuen Schwung zu geben und seine Russland-Politik zu europäisieren.

### 2.1.5. NDEU und Ostseekooperation

Die Ostseekooperation findet meist im Rahmen des Ostseerats (Council of Baltic Sea States) statt, ist somit per se keine Politik der Europäischen Union. Vielmehr kooperiert die EU mit dem Ostseerat und nutzt dessen Expertise und Institutionen. Der Ostseerat stellte beispielsweise eine Liste von Prioritäten und Projekten für den ersten NDEU-Aktionsplan 2001-2003 zusammen.<sup>91</sup> Da die Europäische Kommission auch direkt im Ostseerat vertreten ist, dient dieser Rahmen als wichtigster Transmissionsriemen zwischen dem NDEU-Programm und den institutionellen und verfahrensrelevanten Schnittstellen der EU. Im Arbeitsbereich der Ostseekooperation ist das Interesse der beteiligten Staaten, Regionen, Parlamente und zivilgesellschaftlichen Organisationen an einer in erster Linie wirtschaftlichen Entwicklung des Ostseeraums im Geiste der Hanse hervorzuheben. Die Europäische Union fördert die Ostseekooperation hierbei mit dem Baltic Sea Region Interreg III B-Programm.<sup>92</sup> Die Ostsee-Zusammenarbeit findet somit nicht autonom von europäischen Förderprojekten statt, sondern

Northern Dimension Programme, 01.12.04.

- 88 Vgl. Rat der Europäischen Union, Joint Press Release on the IV Northern Dimension Ministerial Meeting, held in Brussels on 21. November 2005, 21.11.05, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/doc/press\\_release\\_05.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/press_release_05.pdf) (eingesehen am 15.02.06).
- 89 Vgl. Finnische EU-Ratspräsidentschaft, EU, Russland, Norwegen und Island billigten erneuerte Politik der Nördlichen Dimension, 24.11.06, [http://www.eu2006.fi/news\\_and\\_documents/press\\_releases/vko47/de\\_DE/175523/](http://www.eu2006.fi/news_and_documents/press_releases/vko47/de_DE/175523/) (eingesehen am 06.12.06).
- 90 Diese sind Wirtschaft, Innere Sicherheit, Äußere Sicherheit und Forschung, Bildung und Kultur. Vgl. Europäische Kommission, EU-Russia Summit 2005, 10.05.05, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/russia/summit\\_05\\_05/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_05_05/index.htm) (eingesehen am 15.02.06).
- 91 Vgl. Council of Baltic Sea States, General Overview. The CBSS and the EU Northern Dimension Action Plans, [http://www.cbss.st/documents/euand\\_baltic\\_region/eund/cbssndap/](http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/eund/cbssndap/) (eingesehen am 01.02.06).
- 92 Vgl. Baltic Sea Region Interreg III B, <http://www.spatial.baltic.net/> (eingesehen am 01.02.06).

eingebettet unter dem konzeptionellen Dach und im Sinne der Nördlichen Dimension, um Synergieeffekte zu schaffen, die in den NDEU-Aktionsplänen formuliert werden.<sup>93</sup>

## 2.2. Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Republik Finnland ist traditionell neutral, praktisch wurde diese Grundhaltung aber durch die EU-Vertragsregeln zur ESVP aufgeweicht. Bereits mit dem Beitritt zur Europäischen Union und der Annahme des Maastrichter Vertrags hat sich Finnland zumindest in eine politische Allianz begeben.<sup>94</sup> Mit dem Vertrag von Maastricht hat Finnland auch die zweite Säule der EU, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die seit 1993 explizit auf die Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik verweist, angenommen.

Während der Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam lehnte Finnland - unter anderem mit Großbritannien und Dänemark - eine Vollintegration der Westeuropäischen Union (WEU) in die EU ab. Gleichwohl normierte der Vertrag von Amsterdam eine engere Anbindung der WEU an die EU und definiert das Politikziel einer „schrittweise[n] Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik“.<sup>95</sup> Die im Amsterdamer Vertrag trotzdem erzielte Aufnahme der Petersberg-Aufgaben war gleichwohl den bündnisfreien Neumitgliedern Schweden und Finnland zuzuschreiben. Die Regierungen beider Länder hatten mit einem gemeinsamen Memorandum vom 25. April 1996 zur Sicherheits- und Verteidigungsdimension der EU und ihrer Rolle im Bereich des Krisenmanagements<sup>96</sup> in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass auch friedenserhaltende und diplomatisch-friedensschaffende Maßnahmen, unter anderem mit dem Einsatz der militärischen Mittel von WEU und NATO über das Instrument der Combat Joint Task Force (CJTF) gemeinsam oder nach Maßgabe des Prinzips der konstruktiven Enthaltung im EU-Ministerrat durchgeführt werden können. Im Unterschied zu den ursprünglichen deutsch-französischen „Freiburger Leitlinien“, die erstmals für die Verankerung der Petersberg-Aufgaben in den EU-Vertrag plädierten, betonte der schwedisch-finnische Vorschlag die Einbettung des EU/WEU-Krisenmanagements in den Verantwortungsbereich der UNO und der OSZE: Das Memorandum der beiden nordischen Staaten postulierte die „primary responsibility of the UN Security Council for international peace and security under the Charter as well as to the necessity to have a UN or an OSCE mandate for peacekeeping and crisis management“.<sup>97</sup> Die

93 Vgl. Europäische Kommission, Zweiter Aktionsplan für die Nördliche Dimension 2004-2006, S. 2.

94 Vgl. Prime Minister's Office, Prime Minister Matti Vanhanen's speech in the debate on the Security and Defence Policy report in Parliament on 20th December 2004, <http://www.valtioneuvoisto.fi/vn/liston/base.lsp?r=90868&k=en&old=1300> (eingesehen am 02.02.06).

95 Vertrag von Amsterdam, Artikel J.7 EUV.

96 Vgl. Memorandum by Finland and Sweden: The IGC and the Security and Defence dimension - towards an enhanced EU role in Crisis management, Helsinki/Stockholm, 25. April 1996. Vgl. auch der spätere Textvorschlag zu Artikel J.4 des EU-Vertrags: Finlande/Suède: Sécurité et défense: gestion des crises - Propositions de modifications du traité, CONF/3946/96, 8 Octobre 1996.

97 Memorandum by Finland and Sweden, 25. April 1996.

Initiative spiegelt somit einen signifikanten Wandel des europapolitischen Grundverständnisses beider Staaten im Hinblick auf ihre historisch verankerte Rolle im außen- und sicherheitspolitischen Bereich. Es wäre jedoch verfehlt, hierin eine Annäherung der beiden Länder an das französisch-belgische Konzept des EU/WEU-Krisenmanagements zu identifizieren, da Paris und Brüssel ihrer postkolonialen Tradition der militärischen Intervention aus strategischen Interessen folgend eine Instrumentalisierung der Petersberg-Aufgaben generell für die Fälle vorsahen, „où l'intervention des États-Unis ne sera pas garantie“.<sup>98</sup> Gerade in der beabsichtigten Verschränkung der EU-Verteidigungspolitik mit UNO und OSZE lag die Attraktivität des schwedisch-finnischen Vorschlags für die anderen bündnisfreien (Irland und Österreich) sowie für die der Verteidigungsdimension der GASP eher reserviert gegenüber stehenden Mitgliedstaaten Großbritannien, Dänemark und Portugal.

Finnland zeigte mit dieser Initiative, dass es trotz seines neutralen Status ein europäisches Krisenmanagement unter dem Dach und im Auftrag der Vereinten Nationen durchaus befürwortet, einer unterhalb der Autorisierungsschwelle der UNO angesiedelten, gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU jedoch Grenzen setzen will.<sup>99</sup>

Im Kontext des Kosovo-Konflikts und der Richtungsänderung in der britischen Europapolitik im Hinblick auf die ESVP wurde die Ratspräsidentschaft Finnlands in der zweiten Hälfte 1999 besonders heikel.<sup>100</sup> Seit dem Gipfel in Köln im Juni 1999 wurde die Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik vorangetrieben, am Ende der finnischen Ratspräsidentschaft stand ein Beschluss, der den Aufbau einer Truppe von 50-60.000 Soldaten zur Krisenbewältigung sowie kleinerer Eingreiftruppen bis 2003 veranschlagte. Politische und militärische Vorbereitungs- und Durchführungs-Gremien sollten geschaffen werden. Alles in allem sollte die EU im Rahmen der UNO, der OSZE und des Europarats militärische und zivile Kapazitäten zum aktiven Krisenmanagement aufbauen.<sup>101</sup> Diese Entwicklung war aus der Sicht Finnlands eingebettet in die Reformen des Amsterdamer Vertrages.<sup>102</sup> Parallel zu diesen Entwicklungen lief die KFOR-Mission an, Finnland beteiligte sich mit bis zu 800 Soldaten.<sup>103</sup> Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde die ESVP einen entscheidenden Schritt vorangebracht, die finnische Regierung versuchte trotz der zurückhalten-

98 Vgl. République Française; Ministère des Affaires Etrangères: Note à la Conférence des Représentants des Gouvernements des États membres: PESC – Aspects de sécurité et de défense, Paris, 13 Mai 1996, S. 1, Punkt. I.A.2).

99 Vgl. Finland's Points of Departure and Objectives at the European Union's Intergovernmental Conference in 1996, 27.02.96, <http://europa.eu.int/en/agenda/igc-home/ms-doc/state-fi/finn.html> (eingesehen am 02.02.06).

100 Vgl. Joint Declaration Issued at the British-French Summit, St. Malo, 3.-4.12.1998, EU Institute for Security Studies, February 2000, <http://ue.int/uedocs/cmsUpload/French-British%20Summit%20Declaration,%20Saint-Malo,%201998%20-%20EN.pdf> (eingesehen am 02.02.06).

101 Vgl. Helsinki European Council, Presidency Conclusions, 10.-11.11.99, [http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99\\_en.htm#annexes](http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99_en.htm#annexes), Punkt II, Anlage IV.

102 Vgl. Teija Tiilikainen, Finland – An Active Member of the Common European Security and Defence Policy, FES 04/2001, [http://www.etla.fi/files/929\\_FES\\_01\\_4\\_defence\\_policy.pdf](http://www.etla.fi/files/929_FES_01_4_defence_policy.pdf) (eingesehen am 06.02.06), S. 61-64 (62).

103 Vgl. Virtual Finland, Finnish Foreign Policy 1999, [http://virtual.finland.fi/finfo/english/chronology/chronology1999\\_07.html](http://virtual.finland.fi/finfo/english/chronology/chronology1999_07.html) (eingesehen am 06.02.06); Finnland ist über das Partnership for Peace-Programm der NATO eingebunden.

den öffentlichen Meinung in Finnland nicht die Entwicklung zu bremsen, sondern führte die EU in dieser ernststen Situation.<sup>104</sup> Finnland bot bis zu 2.000 Soldaten für die geplanten schnellen Eingreiftruppen an. Mit all diesen Beteiligungen dokumentierte Finnland eindrucksvoll, dass das Land trotz seines formalen Neutralitätsstatus willens und in der Lage ist, sich am Auf- und Ausbau einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu beteiligen.

Der Vertrag von Nizza setzte die Reformen der Europäischen Ratssitzungen von Köln und Helsinki in einen rechtlich verbindlichen Vertragsrahmen um, große Neuerungen wurden mit Ausnahme der Verfahren der „verstärkten Zusammenarbeit“<sup>105</sup> nicht vorgenommen. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa enthält hingegen sehr viel weitergehende Bestimmungen. Die Ernennung eines Außenministers, eine Solidaritätsklausel sowie die Möglichkeiten für eine „strukturierte bzw. engere Zusammenarbeit“ markieren die Eckpunkte des Reformpakets. Zentrales Anliegen Finnlands war es, dass die Solidaritätsklausel keine rechtlich bindende Sicherheitsgarantie darstellt. Zusammen mit Schweden, Österreich und Irland setzte sich Finnland mit einem entsprechenden Formulierungsvorschlag durch.<sup>106</sup> Nichtsdestotrotz befürwortet Finnland das 2004 vom Europäischen Rat verabschiedete Headline Goal 2010 und hat sich bisher aktiv beteiligt. Kontingente für die Battle Groups werden zusammen mit Schweden und Norwegen sowie gemeinsam mit Deutschland und den Niederlanden gestellt. In der EUFOR-Truppe in Bosnien ist Finnland ebenfalls engagiert. Auch die Gründung der Europäischen Rüstungsagentur hat Finnland früh mitgetragen.<sup>107</sup>

Die Ratspräsidentschaft 2006 hatte auch die Weiterentwicklung der ESVP auf der Agenda. Unter anderem war die Erfüllung des Headline Goal 2010 zu kontrollieren. Dabei konnte Finnland gemeinsam mit den Niederlanden und Deutschland ein gutes Beispiel geben, deren Battle Group ab Januar 2007 als schnelle Eingreiftruppe pünktlich in Bereitschaft sein wird.<sup>108</sup> Die aktuellen Entwicklungen in Nahost zeigten jedoch die Grenzen des finnischen Einflusses in der ESVP auf. Denn fast sämtliche internationale Foren zum Nahost-Konflikt wurden von den drei großen Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien gesteuert.<sup>109</sup>

Die finnischen Positionen zur ESVP basieren im Kern auf der Unter-

104 Vgl. Tiilikainen, Finland - An Active Member of the Common European Security and Defence Policy, S. 62.

105 Vgl. Vertrag von Nizza, Artikel 1, Punkt 6.

106 Vgl. Letter from the Foreign Ministers of Finland, Ireland, Austria and Sweden to Franco Frattini, the President of the Council of the European Union, 04.12.03, <http://www.valtioneuvosto.fi/tiedostot/pdf/fi/48826.pdf> (eingesehen am 06.02.06).

107 Vgl. Ministry of Foreign Affairs, The EU General Affairs and External Relations Council to prepare the European Council meeting in December. Press release, <http://www.valtioneuvosto.fi/vn/liston/base.lsp?r=45000&k=en&old=1299&rapo=1240> (eingesehen am 02.02.06).

108 Vgl. Ministry of Defence, The Ministers of Defence discussed about EU-led operations and military capabilities in Levi, 02.10.06, [http://www.defmin.fi/index.phtml?l=en&s=8&588\\_m=2721](http://www.defmin.fi/index.phtml?l=en&s=8&588_m=2721) (eingesehen am 06.12.06).

109 Außenminister Tuomioja kritisierte sogar die gemeinsame Arbeitsweise während des Libanon-Krieges. Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Foreign Minister Tuomioja criticises EU for "wrong kind of transparency", 08.08.06, <http://www.hs.fi/english/print/1135220973226> (eingesehen am 06.12.06).



scheidung zwischen europäischem Krisenmanagement und gemeinsamer territorialer Verteidigung.<sup>110</sup> Wie Ministerpräsident Vanhanen, anlässlich des letzten Finnish Security and Defence Report 2004, vor dem Parlament erklärte, bleibt Finnland militärisch nicht verbündet.<sup>111</sup> Dies kann man der Formulierung nach jedoch nur noch im Hinblick auf eine klassische Beistandspflicht feststellen. Im Bereich Krisenmanagement befürwortet Finnland entschieden den Aufbau entsprechender Kapazitäten, diese Linie wurde seit dem Vertrag von Amsterdam beibehalten.<sup>112</sup> Einen Bruch mit der traditionellen Neutralität bedeutet dies nach finnischer Lesart nicht. Vielmehr, so Vanhanen 2004 vor dem Parlament, beschreibt militärische Neutralität nicht die finnische Außenpolitik. Er betonte, dass sich Finnland in der EU in einer politischen, nicht in einer militärischen Allianz befindet. Die Entwicklung zivilen Krisenmanagements wurde von finnischer Seite ebenso seit langem betont.<sup>113</sup>

Die Unterscheidung zwischen der Einbindung in die ESVP auf der einen Seite und die Bündnisfreiheit auf der anderen Seite ist jedoch fraglich. In einem Interview mit der Helsingin Sanomat im September 2004 sagte die französische Verteidigungsministerin Alliot-Marie, dass Bündnisfreiheit in der EU nichts bedeutet.<sup>114</sup> Die Helsingin Sanomat selbst hat im gleichen Monat ein Editorial mit dem Titel „Non-Allied“ has become an empty and unnecessary phrase“ veröffentlicht.<sup>115</sup> Im August 2004 gestand Außenminister Erkki Tuomioja auch ein, dass sich ein Mitgliedsstaat in einem Konflikt, der andere Mitgliedsstaaten involviert, nicht neutral verhalten könne.<sup>116</sup>

### 2.3. Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE)

Am 10. November 2000 hielt der finnische Ministerpräsident Paavo Lipponen die Rede zur Eröffnung des Studienjahres am Europakolleg in Brügge.<sup>117</sup> Hierbei sprach er die Debatte über die Zukunft Europas an und stellte seinen Plan für die Entwicklung der Europäischen Union vor. Im Wesentlichen sah er Europa vor zwei Probleme gestellt: Erstens mangle es der EU an Legitimität und Transparenz und zweitens fehle der EU die Fä-

110 Vgl. Hanna Ojanen, Sweden and Finland. What Difference Does It Make to Be Not-Aligned, in: Nina Graeger/Henrik Larsen/Hanna Ojanen (Hg.), The ESDP and the Nordic Countries. Four Variations on a Theme, Helsinki 2002, S. 154-217 (164f).

111 Vgl. Prime Minister Matti Vanhanen's speech in the debate on the Security and Defence Policy report in Parliament on 20th December 2004.

112 Vgl. Ministry for Foreign Affairs, The EU General Affairs and External Relations Council to prepare the European Council meeting in December. Press Release, 14.11.03, <http://www.valtioneuvosto.fi/vn/liston/base.lsp?r=45000&k=en&old=1299&rapo=1240> (eingesehen am 06.02.06).

113 Vgl. Hanna Ojanen, Sweden and Finland, S. 168f.

114 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), French Defence Minister: Non-Alignment Means Nothing in EU, 27.09.04.

115 Vgl. Ebd., „Non-Allied“ Has Become an Empty and Unnecessary Phrase, 29.09.04, <http://www.hs.fi/english/print/1076154135042> (eingesehen am 06.02.06).

116 Vgl. Ministry of Foreign Affairs, Foreign Minister Erkki Tuomioja: The EU is the most important factor in Finland's security and defence policy, 20.08.04, <http://www.vnk.fi/vn/liston/vnk.lsp?r=88091&k=en&rapo=20255> (eingesehen am 06.02.06).

117 Vgl. Prime Minister's Office, Prime Minister Paavo Lipponen at the College of Europe, Bruges, Belgium, 10.11.00, <http://www.valtioneuvosto.fi/vn/liston/print.lsp?r=496&l=en&page=0> (eingesehen am 02.02.06).

higkeit, sich an neue, extern wie intern induzierte Rahmenbedingungen und Schocks anzupassen. Vor dem Hintergrund der EU-Erweiterungen schlug er vor, im Rahmen des Vertrags von Nizza erste, vor allem institutionell unbedingt notwendige, Anpassungen für die bevorstehende Erweiterung vorzunehmen. Gleichzeitig sollte aber auch eine Agenda erstellt werden, die dann während der schwedischen und belgischen Präsidentschaft in einen konkreten Zeitplan übergehen solle. Ein Konvent mit einer breiten Zusammensetzung unter Einbeziehung der nationalen Parlamente sowie der Zivilgesellschaft solle einen Prozess hin zu einer Verfassung einleiten, der auf einer Regierungskonferenz abgeschlossen werden müsse. Einen Monat vor dieser Rede legte der Grundrechtskonvent die Europäische Grundrechtecharta vor. Lipponen war mit seinen Ideen einer der Vorreiter der anschließend dynamisierten Debatte über den EU-Verfassungskonvent. 15 Monate nach der Brügger Rede trat der Europäische Konvent unter Valéry Giscard d'Estaing zusammen.

### 2.3.1. Konventsphase

Die Regierung Finnlands wurde von Teija Tiilikainen, eine der führenden finnischen Politikwissenschaftler, repräsentiert; vertreten wurde sie von Antti Peltomäki, dem Staatssekretär für EU-Angelegenheiten und Leiter des EU-Sekretariats im Ministerium des Ministerpräsidenten. Delegierte des finnischen Parlaments waren unter anderen Jari Vilén, gegenwärtig Vorsitzender des Großen Ausschusses, Kimmo Kiljunen, zurzeit stellvertretender Vorsitzender des Großen Ausschusses, sowie der jetzige Ministerpräsident Matti Vanhanen, damals Mitglied des Großen Ausschusses.

In seiner Rede von 2000 nannte Lipponen bereits einige grundlegende, finnische Ausgangspositionen. So befürwortete er etwa die Ausweitung des Anwendungsbereichs für qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, wobei der Bevölkerungsmehrheit Rechnung getragen werden solle. Darüber hinaus forderte er eine Ausweitung des Anwendungsbereichs für das Mitentscheidungsverfahren zwischen Europäischem Parlament (EP) und Ministerrat. Als Vertreter der Gruppe kleinerer Staaten machte Lipponen aber auch klar, dass er am Prinzip „Ein Kommissar je Mitgliedsstaat“ festhalten wolle.<sup>118</sup> Diese Positionen gingen in eine erste Standpunkterklärung der finnischen Regierung vom Januar 2003 ein.<sup>119</sup>

Die Frage der zahlenmäßigen Zusammensetzung der Europäischen Kommission war ein gemeinsames Anliegen aller kleineren Mitgliedsstaaten.<sup>120</sup> Der finnische Bericht von 2003 räumte aber ein, dass jeder Vorschlag zur Steigerung der Effizienz der Kommission wohlwollend geprüft werde, solange die Gleichwertigkeit der EU-Mitglieder im Grundsatz gesichert würde. Die Kommissions-Frage wurde daher im weiteren Verlauf des

118 Vgl. Ebd.

119 Vgl. Report of the Council of State on Finland's positions concerning the future of Europe and issues arisen during the convention, 27.01.03, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/cv00/cv00509de03.pdf> (eingesehen am 07.02.06).

120 Vgl. Beitrag des Mitglieds des Konvents Herrn Bonde, Jeder Mitgliedstaat hat je einen Vertreter in der Kommission. Unterstützt durch 118 Unterschriften, 27.06.03, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/cv00/cv00819de03.pdf> (eingesehen am 07.02.06).

Konvents eng mit den Verhandlungen zur Reform des Rates und seinen Abstimmungsregeln verknüpft. Eine Aufwertung des Kommissionspräsidenten im Binnenverhältnis der Kommission lehnte Finnland ab.<sup>121</sup> Zu den Vorschlägen vor allem größerer Mitgliedstaaten, die Rotation der Ratspräsidentschaft zu beenden und die Position eines gewählten Präsidenten des Europäischen Rates zu schaffen, verhielt sich Finnland betont kritisch. Gerade die Rotation der Präsidentschaft war nach Auffassung der finnischen Regierung die beste Garantie für die grundsätzliche Gleichbehandlung aller EU-Mitglieder.

Ein besonderes Anliegen der finnischen Vertreter war die Herstellung von mehr Transparenz in den Arbeiten der EU-Organe. Wie in allen skandinavischen Ländern üblich wurde die Offenlegung aller Legislativdokumente sowie die Öffentlichkeit aller Sitzungen des Ministerrates angeregt. Beide Vorschläge wurden im Konvent von einer breiten Mehrheit unterstützt.<sup>122</sup> Zur im Konvent intensiv diskutierten Frage der künftigen Rolle der nationalen Parlamente im EU-Rahmen legten die Vertreter des finnischen Parlaments im Mai 2002 ebenfalls ihre Vorschläge vor.<sup>123</sup> Kern der Ausführungen war, dass der Verfassungsvertrag keine nationalen Kontrollmechanismen rechtsverbindlich regulieren bzw. harmonisieren, sondern allenfalls auf der Grundlage der Normierung von Minimalstandards ermöglichen könne. Mit Verweis auf das auch im EU-Rahmen anerkannte finnische Modell der europapolitischen Mitwirkung des Eduskunta<sup>124</sup> schlugen die Abgeordneten vor, dass der Vertragstext Bestimmungen zum substantiellen Umfang der Information nationaler Parlamente enthalten könne. Darüber hinaus sollten entsprechende EU-Vorlagen nicht über den Umweg der nationalen Regierungen, sondern direkt durch die Organe der EU übermittelt werden. Andererseits sollte aber das Verhältnis zwischen den nationalen Regierungen und Parlamenten nicht direkt tangiert werden. Im vom Konvent vereinbarten Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union finden sich diese Vorschläge wieder.

Mit seinen Initiativen zur Transparenz der EU-Organe und zur verbesserten Einbindung der nationalen Parlamente zeigte Finnland, dass es neue europapolitische Reformideen und den Export finnischer Politikmodelle erfolgreich vorantreiben kann. Wesentliche Erfolgsbedingung hierfür war die Stützung derartiger Reformideen durch einen breiten Kreis der kleineren Staaten.

### 2.3.2. Regierungskonferenz

121 Vgl. Report of the Council of State on Finland's positions concerning the future of Europe and issues arisen during the convention.

122 Vgl. Beitrag des Mitglieds des Konvents Herrn Bonde, Dem Konvent unterbreiteter Vorschlag zur Transparenz. Unterzeichnet von 168 Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Konvents, 28.05.03, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/cv00/cv00765de03.pdf> (eingesehen am 07.02.06).

123 Vgl. Beitrag der Mitglieder des Konvents, die das finnische Parlament vertreten, zur Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Struktur der Europäischen Union, 30.05.02, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/02/cv00/00082d2.pdf> (eingesehen am 07.02.06).

124 Siehe 1.3.

Finnland war trotz der Erfolge seiner Mitglieder im Konvent eines jener Länder, die das im Konvent vereinbarte Paket des Verfassungsvertrags wieder aufgeschnürt haben.<sup>125</sup> Mit anderen kleineren Staaten forderte Finnland weitgehende Änderungen am Konventsentwurf, die die Regierung in einem Bericht an das Parlament im August 2003 detailliert darlegte.<sup>126</sup> Im Kern standen dabei die aus Sicht Finnlands und vieler kleinen Staaten unbefriedigend gelösten Fragen zur Neuordnung des institutionellen Gefüges der EU.

Matti Vanhanen, der für das finnische Parlament im Konvent saß, wurde im Juni 2003, dem Zeitpunkt der Übergabe des Verfassungsentwurfes an den Europäischen Rat in Thessaloniki, eher unplanmäßig finnischer Ministerpräsident.<sup>127</sup>

Zur Reform der Kommission signalisierte Finnland bereits im Konvent, dass man nicht länger auf einen eigenen Kommissar bestehen würde. Eine Kommission mit stimmberechtigten und nicht berechtigten Kommissaren wurde allerdings abgelehnt, da dies Kommissare zweiter Klasse schaffen und somit die Gleichberechtigung der Mitgliedsstaaten untergraben würde. Im Gegenzug für dieses Einlenken in der Frage der Zusammensetzung der Kommission betonte Finnland jedoch, dass die Position der Kommission innerhalb des institutionellen Gefüges der EU sowie der relative Einfluss der kleineren Staaten im Rat gesichert werden müssten. In diesem Sinne lehnte Finnland den vom Konvent am Ende vereinbarten, hohen Prozentsatz des Bevölkerungsanteils im Rahmen der Entscheidungsverfahren nach dem Prinzip der doppelten Mehrheit ab und plädierte nachdrücklich für eine Schwelle von 50 Prozent.<sup>128</sup> Zu den Konventsreformen im Hinblick auf die Ratspräsidentschaft äußerte sich die Regierung verhalten positiv. Allerdings sollte nach ihren Vorstellungen die Aufgabe der einfachen, halbjährlichen Rotation der Ratspräsidentschaft nicht durch die Aufwertung des Europäischen Rates über das Instrument eines gewählten Präsidenten beeinträchtigt werden. Die Zustimmung zur Schaffung des Amtes eines gewählten Präsidenten des Europäischen Rates verknüpfte Finnland mit der Forderung, dass dessen Kompetenzen klar definiert werden müssten und auf keinen Fall in die bestehenden Zuständigkeiten des Ministerrates eingreifen dürften. Das vom Konvent vorgeschlagene Amt des Außenministers der EU befürwortete Finnland ebenfalls nur unter der Bedingung, dass der Außenminister nicht den Vorsitz im Außenministeramt innehaben dürfe. Diese Aufgabe müsse bei der Ratspräsidentschaft bleiben. Deutlich wird an diesen Einsprüchen zum VVE, dass Finnland entschlossen war, das Prinzip der Gleichwertigkeit der EU-Mitglieder sowie einen angemessenen Einfluss der kleineren Staaten im EU-System entschieden zu verteidigen.

125 Vgl. Katja Ridderbusch, Der Basar Europa öffnet seine Pforten, in: Die Welt, 10.04.03.

126 Vgl. Government report to Parliament on the outcome of the work of the European Convention and on the preparation for the Intergovernmental Conference, 29.08.03, <http://www.valtioneuvosto.fi/tiedostot/pdf/en/41546.pdf> (eingesehen am 09.02.06).

127 Siehe 1.2.2.

128 Vgl. Prime Minister's Office, Finland's EU-Objectives in 2004. Press Release 32/2004, <http://www.valtioneuvosto.fi/vn/liston/print.lsp?r=60615&l=en&page=0&rapo=1240> (eingesehen am 08.02.06).

Auch wenn das finnische Verhalten sogar im eigenen Parlament auf Kritik stieß und als das eines „Rebellenanführers“ bezeichnet wurde,<sup>129</sup> so hat sich Finnland während der Regierungskonferenz jederzeit verhandlungsbereit gezeigt und Rückfallpositionen bzw. Alternativen der eigenen Vorstellungen vorgeschlagen.<sup>130</sup> Insgesamt war Finnland vor allem einflussreich im Hinblick auf die Positionierung der mittleren und kleinen Staaten. Das Ergebnis der Regierungskonferenz stimmt nicht in allen Punkten mit Finnlands Wunschergebnis überein, der „Brüsseler Weg“ zum Kompromiss wurde aber schließlich auch in Helsinki angenommen.

### 2.3.3. Ratifizierung

Ministerpräsident Vanhanen hatte im Juni 2004 ein Referendum über den VVE in Aussicht gestellt, dies jedoch nicht für zwingend nötig gehalten, da der Vertrag seiner Auffassung nach die EU nicht fundamental ändere.<sup>131</sup> Seit der Unabhängigkeit haben in Finnland nur zwei Referenden stattgefunden, das letzte über den EU-Beitritt 1994. Nach einer Einigung der Parteivorsitzenden im August 2004 wurde die Ratifikation schließlich nur im Wege des parlamentarischen Verfahrens vereinbart.<sup>132</sup> Nach damaliger Lage der Bevölkerungsstimmungen zur EU und zum VVE hätte eine Volksabstimmung mit einem negativen Ergebnis enden können.<sup>133</sup> Als Mitglied des Verfassungskonvents hat Vanhanen den VVE stets befürwortet. Seine Partei, Keskusta, ist zurückhaltender, würde Vanhanen aber wohl kaum brüskieren.<sup>134</sup> Sozialdemokraten und Konservative unterstützen den VVE.<sup>135</sup> Insgesamt war somit von einem positiven Votum einer Parlamentsabstimmung über den Verfassungsvertrag auszugehen. Die wieder gewählte Präsidentin Halonen hatte sich Anfang 2006 ebenfalls für den VVE ausgesprochen.<sup>136</sup>

Ursprünglich war bereits für den Herbst 2005 eine Parlamentsdebatte über den VVE vorgesehen.<sup>137</sup> Auch nach den negativen Referenden im Mai 2005 sollte der Ratifizierungsprozess zunächst weitergehen. Erst nach der auf dem Brüsseler Gipfel verabredeten „Denkpause“ wurde das Verfahren

129 Vgl. Laura Pekonen, From the EU Model Student to the Leader of a Rebellion, in: Helsingin Sanomat (International Edition), 30.09.03.

130 Vgl. Government report to Parliament on the outcome of the work of the European Convention and on the preparation for the Intergovernmental Conference.

131 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Prime Minister Vanhanen Promises Discussions on EU Constitution Referendum, 09.06.04.

132 Vgl. YLE, Lipponen and Vanhanen Agree: No EU Referendum, 16.08.04, <http://www.yle.fi/uutiset/haku.php?action=page&id=173006&search=european%20constitution> (eingesehen am 10.02.06); Helsingin Sanomat (International Edition), Government is not calling referendum on new European Union constitution, 16.08.04, <http://www.hs.fi/english/article/1076153524905> (eingesehen am 20.02.06).

133 Vgl. 1.5; Helsingin Sanomat (International Edition), HS poll: Finnish opponents of EU constitution outnumber supporters, 20.06.05.

134 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Prime Minister Vanhanen Praises Agreement on EU Constitution.

135 Vgl. 1.4.2, 1.4.3.

136 Vgl. Speech by President of the Republic Tarja Halonen at the opening of the 2006 session of Parliament, 03.02.06, <http://www.president.fi/netcomm/news/showarticle.asp?intNWS-AID=47338&intSubArtID=19828&intIGID=9&intCatID=&LAN=EN&contlan=&Thread=47338,47325,45760,45196,44459,&intThreadPosition=0> (eingesehen am 08.02.06).

137 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Finland to Proceed with EU Constitution Ratification Process, 03.06.05.

ausgesetzt. Ende 2005 fand lediglich eine offene Parlamentsdebatte auf Basis eines Berichts der Regierung statt.<sup>138</sup>

Die Wiederaufnahme des Ratifikationsprozesses im Sommer 2006 ist wesentlich dem Engagement Vanhanens zuzuschreiben, der im März 2006 ankündigte, die Ratspräsidentschaft für eine Wiederbelebung des VVE zu nutzen.<sup>139</sup> Der Große Ausschuss sprach sich kurz darauf für die Wiederaufnahme der Ratifikation aus.<sup>140</sup> Vanhanen musste sich für sein Vorpreschen starker Kritik aussetzen und auch Halonen zeigte sich zurückhaltend.<sup>141</sup> Am 5. Dezember 2006 ratifizierte der finnische Reichstag den VVE schließlich mit einer klaren Mehrheit von 125 zu 39 Stimmen.<sup>142</sup> Für den VVE stimmte die Mehrheit der Abgeordneten der Zentrumspartei, der Sozialdemokraten, der Konservativen, der Grünen und der Schwedischen Volkspartei. Es gab jedoch auch Abweichler. Sieben Parlamentarier der Konservativen stimmten gegen die Annahme, ebenso wie vier der Zentrumspartei, drei der Sozialdemokraten, und ein Abgeordneter der Grünen. Gegen die Ratifikation votierten die Linkssozialisten, die auch einen Antrag auf Ablehnung stellten, die Christdemokraten sowie die „Wahren Finnen“. Mit der Ratifikation konnte Finnland ein Zeichen für den VVE setzen und dem Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft, der Ausarbeitung eines Fahrplans zur Rettung der Substanz des VVE, eine gute Vorarbeit leisten.

### 3. Wie weiter? Finnlands Partnerschaften in der EU

In der erweiterten Europäischen Union mit 27 Mitgliedern wird es für die einzelnen Staaten zunehmend wichtig, Koalitionen einzugehen, um ihren Einfluss auf Entscheidungen der EU zu wahren. Dies gilt insbesondere für kleinere Mitgliedstaaten. Für Finnland gibt es gegenwärtig drei Formationen, die eine ähnliche europapolitische Stoßrichtung vermuten lassen.

- Erstens fungiert die Gruppe der skandinavischen Länder als historischer und kultureller Bezugspunkt Finnlands.
- Zweitens liegen die anderen Ostseeanrainer in einer gemeinsamen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessenssphäre.
- Drittens stellt Deutschland einen bedeutenden Orientierungspunkt dar, historisch als Alternative zu Russland und aktuell als derjenige „große“ Staat, mit dem Finnland die meisten seiner integrationspolitischen Interessen teilt.

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Rolle diese Staaten

138 Vgl. Ebd., Parliament to Get Report on EU Constitution, 23.06.05, <http://www.hs.fi/english/article/1101980007140> (eingesehen am 08.02.06).

139 Finnish Government, Recordings of press conferences, Prime Minister Socrates and Vanhanen, 06.03.06, <http://www.government.fi/ajankohtaista/tallenteet/en.jsp> (eingesehen am 06.12.06).

140 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Grand Committee members favour Finnish ratification of EU constitution, 07.04.06.

141 Vgl. Suomen Tietotoimisto (STT), Finnish PM accused of seeking feather in cap by ratifying EU charter, 01.12.06, <http://newsroom.finland.fi/stt/showarticle.asp?intNWSAID=14443&group=Politics> (eingesehen am 06.12.06).

142 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Finnish Parliament approves European Union draft constitution, 07.12.06.

in der politischen Realität der EU für Finnland spielen und wo Trennlinien sowie Gemeinsamkeiten liegen.

### 3.1. Nordische Allianz?

#### 3.1.1. Nordische Kooperation und Skandinavien

Die Länder Skandinaviens sind der historische und kulturelle Bezugsrahmen Finnlands. Die nordische Kooperation beruft sich auf eine jahrhundertealte Geschichte. Grundlage der Zusammenarbeit bildet der 1952 gegründete Nordische Rat. Dieser bestand zunächst nur aus einer interparlamentarischen Versammlung, intergouvernementale Treffen wurden erst 1971 mit dem Nordischen Ministerrat geschaffen. Finnland trat dem Nordischen Rat 1956 bei. Seitdem hat die Kooperation etwa die Nordische Passunion, Freizügigkeit für Arbeitnehmer sowie Harmonisierungen in Wirtschaft und Handel geschaffen. Supranationale Elemente stehen jedoch außen vor. „Nordic synergy“<sup>143</sup> ist das Motto der nordischen Kooperation.<sup>144</sup>

Spätestens seit 1995 spielt die Nordische Kooperation jedoch eine geringere Rolle und hat mit der Ostseekooperation eine starke Konkurrenz erhalten.<sup>145</sup>

Ein gemeinsamer skandinavischer Weg in Europa hat klare Grenzen. Dies lässt sich unter anderem an den Beziehungen zu NATO und EU festmachen.

- Norwegen, Island und Dänemark sind Gründungsmitglieder der NATO; Schweden und Finnland betonen bis heute ihre Neutralität.
- Norwegen und Island sind keine EU-Mitglieder. Grönland<sup>146</sup>, das mit Dänemark EG-Mitglied wurde, trat 1986 sogar aus der EG aus.
- Den Weg in die EU traten die skandinavischen Staaten nicht geschlossen an. Dänemark machte 1973 den Anfang. Erst 1995 folgten Schweden und Finnland.

Anhand dieser einfachen Eckdaten lässt sich unterstreichen, dass Skandinavien nicht als Ganzes, sondern differenziert betrachtet werden muss.

#### 3.1.2. Interessenkonvergenzen und -divergenzen der drei skandinavischen EU-Mitglieder

#### Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Im Bereich der ESVP bestehen für die skandinavischen EU-Mitglieder unterschiedliche Regelungen und damit Ausgangsbedingungen:

- Dänemark hat nach dem Negativreferendum über den Maastrichter Vertrag im Edinburgh-Abkommen vom Dezember 1992 Ausnahme-

143 Website of the Nordic Council and the Nordic Council of Ministers, <http://www.norden.org/start/start.asp> (eingesehen am 21.02.06).

144 Vgl. Ebd.

145 Vgl. Heribert Saldik, Deutsche Außenpolitik in der Ostseeregion, Lang 2004, S. 104ff.

146 Grönland ist autonomer Teil des dänischen Königreichs.

regelungen verhandelt.<sup>147</sup> Demnach ist Dänemark von den Bestimmungen zur Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, zur Unionsbürgerschaft, zur Währungsunion sowie zur Verteidigungskomponente der GASP ausgenommen. Das Land hat damit eine Sonderstellung in der EU. Während sich Dänemark in der gemeinsamen Außenpolitik engagiert und dadurch einen breiten Ansatz für seine auswärtigen Beziehungen entwickelt hat, nimmt es an der ESVP nicht teil. Dänemark verfügt damit auch nicht über ein Mitspracherecht. Offiziell begrüßt es die Entwicklung der ESVP aber.<sup>148</sup> Inzwischen stehen die Ausnahmeregelungen insgesamt zur Debatte. Die dänische Regierung hat sich schon für eine Aufhebung des Opting-Out ausgesprochen und die Wählerschaft befürwortet dies inzwischen.<sup>149</sup> Eine Volksabstimmung darüber soll jedoch nicht mit der Verfassungsdebatte vermischt werden und steht so noch auf unbestimmte Zeit aus.<sup>150</sup>

- Schweden und Finnland nehmen im Gegensatz zu Dänemark in der ESVP eine andere Position ein. Beide beteiligen sich am Aufbau europäischer Eingreiftruppen mit einer gemeinsamen Battle Group. Seit langem agieren sie in der ESVP eng zusammen. Bei den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag bezogen sie bezüglich der Frage der Integration der WEU eine gemeinsame Position. Ebenso sprachen sie sich in der Frage der Solidaritätsklausel im VVE, gemeinsam mit Österreich und Irland gegen ein Verteidigungsbündnis aus.<sup>151</sup> Beide befürworteten auch den Aufbau europäischen Krisenmanagements, militärisch sowie zivil, und wollen die schwedisch-finnische Militärkooperation weiter ausbauen.<sup>152</sup> Exemplarisch dafür haben der finnische Außenminister Erkki Tuomioja und seine schwedische Kollegin Laila Freivalds im November 2003 gemeinsam Position zu den sicherheitspolitischen Fragen des VVE bezogen.<sup>153</sup>

In „harten“ Sicherheitsfragen gehen die Grundaussagen ebenfalls weit auseinander. Dänemark ist stark atlantisch orientiert und versteht die NATO als zentralen Pfeiler seiner Verteidigungspolitik.<sup>154</sup> Schweden und Finnland sind offiziell neutral. Im Vorfeld des Irak-Krieges wurde klar, dass Dänemark in solchen Fragen eher ein Bündnis mit Großbritannien ein-

147 Vgl. Protocol on the Position of Denmark, Protocols annexed to the Treaty on European Union and the Treaty establishing the European Community, <http://europa.eu.int/eur-lex/en/treaties/selected/livre317.html> (eingesehen am 22.02.06).

148 Vgl. Ministry of Defence Denmark, European Security and Defence Policy, <http://forsvaret.dk> (eingesehen am 22.02.06).

149 Vgl. The Copenhagen Post, Majority Would Scrap EU Opt-outs, 27.12.05.

150 Vgl. Ebd., Debate on EU Opt-outs on Hold for Now, 22.06.05..

151 Vgl. Memorandum by Finland and Sweden, 25. April 1996; Letter from the Foreign Ministers of Finland, Ireland, Austria and Sweden to Franco Frattini, 04.12.03.

152 Vgl. Government Offices of Sweden, Foreign Policy. Statement of Government Policy in the Parliamentary Debate on Foreign Affairs, 15.02.06, <http://www.sweden.gov.se/sb/d/3103/a/58251> (eingesehen am 22.02.06); Helsingin Sanomat (International Edition), Finland and Sweden to Increase Military Cooperation, 09.06.04, <http://www.hs.fi/english/article/1076152955928> (eingesehen am 22.02.06).

153 Vgl. Laila Freivalds/Erkki Tuomioja, We Want a Stronger EU Security Policy, 11.11.03, [http://europa.eu.int/constitution/futurum/documents/other/oth111103\\_en.pdf](http://europa.eu.int/constitution/futurum/documents/other/oth111103_en.pdf) (eingesehen am 22.02.06).

154 So fügte sich Dänemark etwa in die "Koalition der Willigen" ein. Vgl. Tagesschau.de, Die "Koalition der Willigen", 19.03.03, (eingesehen am 22.02.06); Ministry of Defence, Denmark, Danish Policy in NATO, <http://forsvaret.dk> (eingesehen am 22.02.06).



geht, als sich den neutralen skandinavischen Nachbarn anzuschließen.<sup>155</sup>

### Nördliche Dimension der EU (NDEU)

Die Gestaltung der Kooperation im nördlichen Europa spielt für alle drei nordischen Staaten eine wichtige Rolle. Als der finnische Ministerpräsident Lipponen 1997 die Nordische Dimension postulierte, stieß dies nicht auf allgemeine Zustimmung.<sup>156</sup>

Schweden sprach sich seit den frühen 1990er Jahren für eine Ostseekooperation im Rahmen des Ostseerats aus und beanspruchte darin eine Führungsrolle beansprucht.<sup>157</sup> Die Ansiedlung des Sekretariats des Ostseerats in Stockholm sollte dies untermauern.<sup>158</sup> Altes Großmachtdenken mag hierbei eine besondere Rolle spielen, zumal Finnland bis 1809 unter schwedischer Herrschaft stand.<sup>159</sup> Schweden wurde von finnischer Seite nicht in die Formulierung der NDEU mit eingebunden. Für Stockholm ist die Gestaltung Nordeuropas sowie die Einbindung der Ostseeanrainer weniger eine Angelegenheit der EU. Schweden war in den Bereichen der NDEU auf Basis der vorhandenen Organisationen und bilateralen Beziehungen engagiert bevor Finnland seinen Vorschlag formulierte.<sup>160</sup> Stockholm wollte die Regie im nördlichen Europa führen und war zunächst nicht an der EU in der Fokussierung, wie Finnland es vorschlug, interessiert. Die schwedische Regierung hielt sich auch lange Zeit bedeckt mit klaren Äußerungen zur NDEU.<sup>161</sup>

Während der schwedischen Ratspräsidentschaft 2001 war sie jedoch sehr aktiv für die NDEU. Sie legte dem Europäischen Rat einen „Full Report on Northern Dimension Policies“ vor und nutzte die Gelegenheit die Northern Dimension Environmental Partnership annehmen zu lassen. Ebenso brachte Schweden während seiner Präsidentschaft den Northern eDimension Action Plan voran, der primär im Rahmen des Ostseerats liegt.<sup>162</sup> Zusammen mit Estland wurde im April 2001 auch das erste Northern Dimension Business Forum veranstaltet.<sup>163</sup> Im Juni 2001 äußerte sich die damalige schwedische Außenministerin Anna Lindh: „Our next challenge is to make the Northern Dimension a permanent and integrated part of EU daily activities.“<sup>164</sup> Schweden hat die NDEU schließlich angenommen und sich daran konstruktiv beteiligt, den Alleingang Finnlands jedoch auf-

155 Vgl. Gunilla Herolf, Inside and Outside Nordic Cooperation, in: Alfred Pijpers (Hg.), On Cores and Coalitions in the European Union, Den Haag 2000, S. 131-152 (133f).

156 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Stockholm Sitz des Ostsee-Sekretariats, 22.06.98, S. 7.

157 Vgl. Jennifer Novack, The Northern Dimension in Sweden's EU Policies: From Baltic Supremacy to European Unity? in: Hanna Ojanen (Hg.), The Northern Dimension: Fuel for the EU? Helsinki 2001, S. 78-106 (82).

158 Vgl. FAZ, Stockholm Sitz des Ostsee-Sekretariats.

159 Vgl. Novack, The Northern Dimension in Sweden's EU Policies, S. 82ff.

160 Vgl. Ebd., S. 88ff.

161 Vgl. Ebd., S. 89f.

162 Vgl. Anne Haglund, The Northern Dimension and the Nordic States: Three Presidencies under Scrutiny, <http://les1.man.ac.uk/jeanmonnet/posters/tallinn/Haglund.doc> (eingesehen am 28.02.06), S. 8f.

163 Vgl. Estonian Ministry of Foreign Affairs, Business Forum of Northern Dimension, [http://www.vm.ee/eng/kat\\_166/](http://www.vm.ee/eng/kat_166/) (eingesehen am 02.03.06).

164 Anna Lindh, Statement on Regional Organisations and the Northern Dimension, at the Ministerial session of The Council Baltic Sea States (CBSS) in Hamburg, 07.06.01, <http://www.sweden.gov.se/sb/d/4059/a/25969> (eingesehn am 23.02.06).

merksam beobachtet.

Wie Schweden war auch Dänemark nach dem Kalten Krieg schnell aktiv im Ostseeraum, bilateral als auch multilateral in Organisationen wie dem Ostseerat. Die Ankündigung der NDEU stieß in Kopenhagen eher auf die Reaktion, was daran neu sei.<sup>165</sup> Somit erzeugte die finnische Initiative in Dänemark zunächst nicht viel Diskussion. Die offizielle dänische Position war jedoch positiv und eine Ausdehnung von EU-Aktivitäten auf die Ostseeregion wurde begrüßt.<sup>166</sup> Der Schwerpunkt auf Kooperation, die Einbeziehung Russlands sowie die Anerkennung des Nutzens der NDEU waren Gründe für eine dänische Zustimmung.<sup>167</sup> Im Vorfeld der dänischen Ratspräsidentschaft hob Ministerpräsident Rasmussen in seiner Rede „Priorities of the Danish Presidency“ die Rolle der NDEU für die Erweiterung und die Beziehungen zu Russland hervor.<sup>168</sup>

Während der Präsidentschaft Dänemarks wurden aber auch andere Akzente gesetzt. So fand eine Ministerkonferenz in Grönland statt, die das ‚Arctic Window‘ der NDEU zum Thema hatte.<sup>169</sup> Der neue Aktionsplan für 2004-2006 und die Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing wurden auf den Weg gebracht. Außerdem wurde ein zweites Northern Dimension Business Forum in Kopenhagen veranstaltet. Bemerkenswerterweise nannte die dänische Regierung die NDEU als Modell für künftige Nachbarschaftsbeziehungen im Hinblick auf die Ukraine, Belarus und Moldau.<sup>170</sup>

Auch wenn sich nicht alle Entwicklungen während der schwedischen beziehungsweise dänischen Präsidentschaft aus dem besonderen Engagement der Gastgeber erklären, sondern diese schlicht auf der vorher festgelegten Agenda der EU standen, so haben Dänemark und Schweden dem Projekt eigene Impulse gegeben. Es ist jedoch interessant, dass Finnland die NDEU in einem Alleingang angestoßen hat und diese nicht aus einer skandinavischen, sondern einer finnische Initiative hervorgingen. Dies stieß besonders in Schweden auf geringe Begeisterung. Nicht zuletzt daran wird deutlich, wie Rivalitäten und Interessengrenzen zwischen den drei skandinavischen EU-Ländern entstehen können.

### Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE)

Der Weg zum VVE hätte Dänemark, Finnland und Schweden eine gute Gelegenheit geboten, sich als nordischer Block oder zumindest als Interessengemeinschaft zu zeigen. Dies traf in den Fragen zur Transparenz und zum Status nationaler Parlamente im Grundsatz auch zu.<sup>171</sup> Alle Drei wa-

165 Vgl. Bertel Heurlin, Denmark and the Northern Dimension, Danish Institute of International Affairs, Working Paper 11/1999, <http://www.dupi.dk/webtxt/wp9911.pdf> (eingesehen am 02.03.06), S. 6f.

166 Vgl. Ebd., S. 9.

167 Vgl. Ebd., S. 9ff.

168 Vgl. Anders Fogh Rasmussen, Priorities of the Danish Presidency – From Copenhagen to Copenhagen, 14.06.02, <http://www.stm.dk/Index/dokumenter.asp?o=6&n=0&h=6&t=14&d=764&s=2> (eingesehen am 01.03.06).

169 Grönland trat 1986 aus der EG aus, ist jedoch autonomer Teil des dänischen Königreichs.

170 Vgl. Haglund, The Northern Dimension and the Nordic States, S. 10ff.

171 Vgl. 2.3; Information to the Riksdag giving the Government's view on the future of the EU, presented by the Prime Minister, Göran Persson, 19.02.03,

ren sich ihren nationalen Gepflogenheiten entsprechend einig, dass in der EU in Zukunft sämtliche Dokumente frei zugänglich, Ratssitzungen öffentlich sein und die nationalen Parlamente weitgehende Informationsrechte von der EU erhalten sollten. Es gab jedoch keine gemeinsame skandinavische Initiative zu diesen Themen. Zu der Frage der nationalen Parlamente etwa reichten Vertreter der drei Länder eigene und unterschiedliche Beiträge ein.<sup>172</sup> Nur ein knapp zweiseitiger Kommentar mit dem Thema „Offenheit und gute Verwaltung in den EU-Institutionen“<sup>173</sup> wurde von den schwedischen und finnischen Regierungsvertretern zusammen mit Irland eingereicht. Lediglich den breiter unterstützten Beiträgen schlossen sich Vertreter aller drei nationalen Parlamente beziehungsweise Regierungen an.<sup>174</sup>

Auch zum endgültigen Konventsentwurf hatten die skandinavischen Länder unterschiedliche Haltungen. Finnland wollte das Paket wieder aufschnüren. Der dänische Außenminister Stig Møller hingegen äußerte sich im Juni 2003 positiv zum Konventsentwurf, der für Dänemark einen annehmbaren Kompromiss darstellte.<sup>175</sup> Einzig die dänischen Ausnahmeregelungen nannte er als Verhandlungsgegenstand für die Regierungskonferenzen, da sich diese nach Abschaffung der Säulenstruktur merklich ausgeweitet hätten. Finnland kritisierte sogar, dass sich Dänemark der Wahrung der Interessen der kleinen Staaten nicht genügend anschließe.<sup>176</sup> Das Mandat für die Regierungskonferenzen griff dann jedoch einige dieser Fragen auf. Von einer gemeinsamen Abstimmung mit Finnland oder Schweden kann jedoch nicht gesprochen werden. Dänemark hatte beispielsweise konträre Positionen zur Frage der doppelten Mehrheit sowie der institutionellen Anbindung des EU-Außenministers. Der Konventsvorschlag für die Abstimmungsregeln im Rat wurde als annehmbar bezeichnet, eine Angleichung der Mehrheitskriterien auf 60 oder 50 Prozent wurde bevorzugt, aber nicht explizit eingefordert. Den europäischen Außenminister hätte die dänische Regierung lieber im Rat und weniger in der Kommission gesehen.<sup>177</sup> Finnland hingegen wollte dessen Sitz in der

<http://www.sweden.gov.se/sb/d/1207/a/7080> (eingesehen am 03.03.06); Anders Fogh Rasmussen, Danish EU-Policy after the Presidency. Speech at The Institute of International Studies at Copenhagen, 15.01.03, [http://europa.eu.int/constitution/futurum/documents/other/oth150103\\_en.pdf](http://europa.eu.int/constitution/futurum/documents/other/oth150103_en.pdf) (eingesehen am 03.03.06).

172 Vgl. 2.3; Beitrag von Herrn Henrik Dam Kristensen, Mitglied des Konvents: „Die Rolle der nationalen Parlamente im künftigen EU-Vertrag“, 12.02.03, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/cv00/cv00552de03.pdf> (eingesehen am 03.03.06); Beitrag der schwedischen Mitglieder des Konvents betreffend die Prüfung der Tätigkeit der Regierungen in der EU durch die nationalen Parlamente, 22.05.02, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/02/cv00/00061d2.pdf> (eingesehen am 03.03.06).

173 Vgl. Beitrag von Frau Lena Hjelm-Wallén, Frau Teija Tiilikainen und Herrn Dick Roche, Mitglieder des Konvents: „Ein Verfassungsvertrag: Offenheit und gute Verwaltung in den EU-Institutionen“, 16.01.03, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/cv00/cv00490de03.pdf> (eingesehen am 16.03.06).

174 Vgl. 2.3; Beitrag des Mitglieds des Konvents Herrn Bonde, Dem Konvent unterbreiteter Vorschlag zur Transparenz; Beitrag von Herrn Hubert Haenel, Frau Gisela Stuart und 43 anderen Abgeordneten einzelstaatlicher Parlamente, die Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Konvents sind – „Die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente“, 23.01.03, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/cv00/cv00503de03.pdf> (eingesehen am 03.03.06).

175 Vgl. Finn Laursen, Denmark and the Intergovernmental Conference: a Two-Level Game, in: Per Carlsen/Hans Mouritzen (Hg.), Danish Foreign Policy Yearbook 2004, Copenhagen 2004, S. 91-119 (107ff).

176 Vgl. Ebd., S. 110.

177 Vgl. Ebd., S. 110ff.

Kommission und eine 50 Prozent-Quote für die Abstimmungsregeln im Rat.

Schweden gehörte ebenfalls nicht der Gruppe an, die den Konventsentwurf unbedingt neu verhandeln wollte.<sup>178</sup> Es wurde offene Kritik an Finnlands Änderungswünschen laut.<sup>179</sup> Einen in der Kommission angesiedelten EU-Außenminister lehnte die schwedische Regierung strikt ab.<sup>180</sup> Aus einer Regierungserklärung vor dem Riksdag im Februar 2003 wird deutlich, dass Schweden supranationalen Elementen gegenüber eher abgeneigt war.<sup>181</sup>

Die skandinavischen EU-Länder haben sich auf dem Weg zum VVE nicht als nordische Allianz präsentiert. Dies unterblieb selbst bei den Fragen zur Transparenz oder dem Status nationaler Parlamente, die wohl noch am ehesten einen gemeinsamen Nenner darstellten. Bezüglich der Institutionenreform wurden zudem tief greifende Unterschiede deutlich. Finnland befürwortete eine starke Kommission, Dänemark betonte hingegen die Reformen im Ministerrat.<sup>182</sup> Diese Grunddifferenzen trafen mit Ausnahme der ESVP auch auf Schweden zu.<sup>183</sup> Für Finnland ist die EU zentraler Fixpunkt, Schweden ist international wesentlich stärker aufgestellt und verfügt über mehr Einfluss.<sup>184</sup> Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie überzeugend und „nachhaltig“ Schweden und Dänemark als Verbündete Finnlands in der EU gezählt werden können.<sup>185</sup> Koalitionen sind in EU-Konflikten entlang einer Achse „Klein gegen Groß“ möglich. Im Feld der NDEU haben sich die skandinavischen Länder letztlich auch kooperativ gezeigt. Dennoch, bereits 1994 sagte der damalige finnische Präsident Martti Ahtisaari voraus, die EU der 15 werde mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens zwar eine nördliche Dimension, aber keinen nordischen Block erhalten.<sup>186</sup>

### 3.1.3. Die Baltischen Staaten – Drei plus Drei?

Trotz der Reibungen in der NDEU stellt der Ostseeraum für die drei skandinavischen EU-Mitglieder insgesamt einen gemeinsamen Interessensraum dar. Nach dem Kalten Krieg war es für alle drei von größtem strategischen Interesse, die drei baltischen Staaten und Polen in den Westen Europas zu führen. Da Polen, Litauen, Lettland und Estland seit 2004 Mitglieder der EU sind, liegt es nahe, mit dieser Gruppe gemeinsame Positio-

178 Vgl. Ridderbusch, Der Basar Europa öffnet seine Pforten.

179 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Lipponen denies Finland is fomenting rebellion in EU, 03.10.03, <http://www2.hs.fi/english/archive/news.asp?id=20031003IE6> (eingesehen am 17.03.06).

180 Vgl. Speech by Mrs Lena Hjelm-Wallén at the Swedish Riksdag hearing on the Convention of the Future of Europe, 22.01.03, [http://europa.eu.int/constitution/futurum/documents/speech/sp220103\\_2\\_en.pdf](http://europa.eu.int/constitution/futurum/documents/speech/sp220103_2_en.pdf) (eingesehen am 17.03.06).

181 Vgl. Information to the Riksdag giving the Government's view on the future of the EU.

182 Vgl. Nikolaj Petersen, Dänemark und die Europäische Union, Königlich Dänisches Ministerium Äusseren, November 2003, <http://www.um.dk> (eingesehen am 06.03.06).

183 Vgl. Jasper von Altenbockum, Eine Gemeinschaft wahlverwandter Einzelgänger? in: FAZ, 21.10.99, S. 4.

184 Vgl. Novack, The Northern Dimension in Sweden's EU Policies, S. 82.

185 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Sweden – how natural an EU ally for Finland? 22.06.04.

186 Vgl. Address by President Martti Ahtisaari at the Freie Universität in Berlin, 23.11.94, <http://www.valtionuuvosto.fi/tpk/puheet-1994/P9411.FUE.html> (eingesehen am 08.03.06).

nen zu formulieren. Dabei bieten sich vor allem die drei kleinen baltischen Staaten an; Polen fällt aufgrund seiner Größe und Struktur sowie seiner vergleichsweise rudimentären Orientierung an das Konzept einer Ostsee- oder Hanseidentität aus dem Rahmen.

Eine mögliche, Erfolg versprechende Option wäre daher die Formel „Drei plus Drei“, mit den drei skandinavischen sowie den drei baltischen Staaten.<sup>187</sup> Nachdem 2003 erste informelle Treffen stattfanden, kommen die Regierungschefs der sechs Staaten inzwischen im Vorfeld von EU-Gipfeln regelmäßig zusammen, um ihre Positionen abzustimmen. Es wurden also durchaus Strukturen aufgebaut, die im Einzelfall zur Bildung einer Koalition aktiviert werden können. Der Eindruck einer Blockbildung wird jedoch bewusst – aufgrund der Differenzen zwischen den skandinavischen Staaten - vermieden.<sup>188</sup>

Auch wenn die drei baltischen Staaten erst seit zwei Jahren Mitglieder der EU sind, kann man die Ausformulierung ihrer jeweiligen europapolitischen Grundausrichtung relativ eindeutig bewerten. Seit März 2004 sind Litauen, Lettland und Estland NATO-Mitglieder. Angesichts ihrer historischen Erfahrungen ist die atlantische Orientierung, die auch im Irakkrieg deutlich wurde, verständlich. Alle drei unterstützten inzwischen jedoch die ESVP mit Battle Group-Kontingenten. Estland etwa beteiligt sich an einer Battle Group mit Finnland. Der VVE wurde von Litauen als erstem EU-Land ratifiziert, Lettland zog im Juni 2005 nach. Estland hat den parlamentarischen Ratifikationsprozess im Juni 2006 abgeschlossen.<sup>189</sup> Die litauische Bevölkerung ist betont pro-europäisch, die öffentliche Meinung in Lettland und Estland ist dagegen wesentlich verhaltener.<sup>190</sup> Die Euro-Einführung wird von allen drei Staaten schnellst möglich angestrebt.<sup>191</sup> Litauen und Estland wollten den Euro schon 2007 einführen, Lettland hinkt in seinen Vorbereitungen etwas hinterher. Für die baltischen Staaten garantiert die EU neben der NATO ihre eigenstaatliche Existenz und die Modernisierung ihrer Volkswirtschaften.<sup>192</sup> Die Sicherheitslage der baltischen Staaten und die daraus resultierende Motivation für Europa sind denen Finnlands sehr ähnlich.

Über die Koordinationsgruppe der Drei plus Drei hinaus unterhält Finnland gute bilaterale Beziehungen mit den baltischen Staaten. Der Austausch mit Estland ist dabei von besonderer nachbarschaftlicher Qualität.<sup>193</sup> Beide Länder unterhalten enge wirtschaftliche Beziehungen, koope-

187 Vgl. Heinz Brill, Der Streit um Gleichgewicht und Hegemonie in der Europäischen Union, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 5/2004.

188 Vgl. Der Spiegel, Nordischer Block, 10.05.04, S. 101.

189 Vgl. Daniela Kietz/Andreas Maurer, Integrationsmotor Estland. Das estnische Parlament setzt ein klares Signal in der Verfassungsdebatte, SWP-Aktuell 11/2006.

190 Vgl. Standard Eurobarometer 64, First Results, Dezember 2005.

191 Vgl. Andreas von Below, Der Euro in den baltischen Staaten, Konrad-Adenauer-Stiftung, Newsletter – Baltische Staaten, März 2005, [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_6372\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_6372_1.pdf) (eingesehen am 06.03.06).

192 Vgl. Sven Arnschwald, The Politics of Integrating the Baltic States into the EU: Phases and Instruments, in: Mathias Jopp u.a. (Hg.), The European Union and the Baltic States: Visions, interests and strategies for the Baltic Sea region, Helsinki 1998, S. 19-99 (19ff).

193 Vgl. Estonian Government, Estonia and Finland support a strong European Union, 24.11.05, <http://www.valitus.ee/index.php?op=print&id=5048> (eingesehen am 10.03.06).

rieren militärisch und sind sprachlich verwandt.<sup>194</sup>

Während sich Finnen und Balten in Europafragen weitgehend einig sind, stoßen Schweden und Dänen häufiger auf Probleme in der Gruppe. Ihre Grundhaltung zu Europa weicht deutlich von der Finnlands und der der drei baltischen Staaten ab. Die Staaten der Drei plus Drei-Gruppe werden sich sicherlich auch in Zukunft gemeinsam der Stabilisierung und Entwicklung des Ostseeraums widmen. Konflikte „Klein gegen Groß“ könnten auch künftig zum Zusammenrücken der Skandinavien und Balten führen. Darüber hinaus könnte sich jedoch zeigen, dass Drei plus Drei aus zu ungleichen Puzzle-Teilen besteht und nur zeitweise Teilkoalitionen um den Schlüsselfaktor Finnland entstehen.

### 3.2. Finnland und Deutschland

#### 3.2.1. Deutsch-finnische Beziehungen

Das Deutschlandbild ist in Finnland traditionell recht positiv und wenig vorbelastet.<sup>195</sup> Prägend hierfür waren unter anderem die Entwicklungen während der beiden Weltkriege, welche im finnischen Nationalbewusstsein eine wichtige Rolle einnehmen. Die Wahrnehmung Deutschlands in Finnland geht jedoch nicht nur auf die Geschehnisse der Weltkriege zurück, sondern auch auf wesentlich ältere kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen.

Im Ersten Weltkrieg war das Deutsche Reich das einzig greifbare Gegengewicht zu Russland, Schweden war neutral. So kämpften finnische Freiheitskämpfer unter einem deutschen General zunächst gegen Russland und später gegen die Kommunisten im finnischen Bürgerkrieg, in den auch deutsche Einheiten auf Seiten der Monarchisten eingriffen.<sup>196</sup> Ende 1918 wurde Friedrich Karl von Hessen, ein Schwager Wilhelm des II., zum König von Finnland gewählt.<sup>197</sup>

Im Zweiten Weltkrieg stand Finnland der Sowjetunion im Winterkrieg 1939/40 allein gegenüber, konnte sich jedoch erfolgreich verteidigen und im März 1940 einen Friedensvertrag erreichen. Nach dem Bruch des Hitler-Stalin-Pakts stand Finnland schnell wieder in Kampfhandlungen mit der Sowjetunion, die Wehrmacht unterstützte die finnischen Streitkräfte mit Material und Truppen bis zum September 1944. Finnland war jedoch darauf bedacht, sich nicht als deutscher Satellitenstaat klassifizieren zu lassen. Im September 1944 verhandelte die finnische Regierung einen Waffenstillstand mit Moskau und versprach die deutschen Truppen aus dem Land zu weisen. In Südfinnland verlief dies ohne Kampfhandlungen, in Lappland führten die deutschen Truppen jedoch einen brutalen langsa-

194 Vgl. Estonian Embassy in Helsinki, Estonian – Finnish Relations, 01.06.04, [http://www.estemb.fi/lang\\_4/rub\\_404/rub2\\_876](http://www.estemb.fi/lang_4/rub_404/rub2_876) (eingesehen am 10.03.06).

195 Vgl. Antti S. Vihinen, Das Deutschlandbild aus finnischer Sicht – viel Positives, selten Negatives, in: Günter Trautmann (Hg.), Die hässlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn, Darmstadt 1991, S. 265-270.

196 Vgl. Vihinen, Das Deutschlandbild aus finnischer Sicht, S. 266f.

197 Vgl. Ingrid Bohn, Finnland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2005, S. 207ff.

men Rückzugskrieg, der unter anderem Rovaniemi, die Hauptstadt Lapplands, zerstörte.<sup>198</sup>

Die Geschehnisse beider Weltkriege hinterließen in den linksorientierten Kreisen sowie in Lappland negative Erinnerungen.<sup>199</sup> Im Gesamten wird die Rolle Deutschlands während der Weltkriege jedoch positiv für Finnland bewertet, da es ohne Deutschland kein Gegengewicht zu Russland gehabt hätte.<sup>200</sup>

### 3.2.2. Kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen

Seit der Zeit der Hanse bestehen enge kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen zwischen Finnland und Deutschland. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war Deutsch die wichtigste Fremdsprache in Finnland.<sup>201</sup> Auch heute noch ist Deutsch nach Englisch und Schwedisch die meistgesprochene Fremdsprache.<sup>202</sup> Die Deutsch-Finnische Gesellschaft ist eine der größten ihrer Art in Deutschland, in Finnland ist der Finnisch-Deutsche Verein ebenfalls sehr aktiv. Ingesamt haben sich beide Länder über einen langen Zeitraum intensiv ausgetauscht. Aufgrund der ungleichen Größe und der anderen kulturell-gesellschaftlichen Beziehungen wird dies in Deutschland aber weniger sichtbar.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und Deutschland gehen unmittelbar auf die Historie der Hanse zurück. Beide Staaten haben zwar keine gemeinsame Grenze, doch über die Ostsee konnte der Handel seit jeher florieren. Heute ist Deutschland der größte Handelspartner Finnlands, vor Russland und Schweden.<sup>203</sup> Deutsche Ausfuhr Güter sind Maschinen, Elektronikprodukte, Straßenfahrzeuge sowie chemische Erzeugnisse. Aus Finnland werden Zellstoffprodukte und Kommunikationsgeräte am häufigsten importiert.<sup>204</sup> Finnische Unternehmen investieren wesentlich stärker in Deutschland als deutsche Unternehmen in Finnland.<sup>205</sup> Aus der Sicht Deutschlands ist Finnland als Handelspartner weniger bedeutend.<sup>206</sup>

Die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen standen nach dem finnisch-sowjetischen Waffenstillstand vom September 1944 kurzzeitig

198 Vgl. Ebd., S. 218ff.

199 Vgl. Tuomas Forsberg, A friend in need or a friend indeed? Finnish Perceptions of Germany's role in the EU and Europe, Finnish Institute of International Affairs, Working Paper 24/2000, S. 4f.

200 Vgl. Vihinen, Das Deutschlandbild aus finnischer Sicht.

201 Vgl. Hannes Saarinen, Zur kulturellen Präsenz Deutschlands in Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg (1944-1961), in: Edgar Hösch/Jorma Kalela/Hermann Beyer-Thoma (Hg.), Deutschland und Finnland im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1999, S. 235-294 (244f).

202 12 Prozent der Finnen sprechen Deutsch als Fremdsprache, verglichen mit 1 Prozent Französisch. Vgl. Europäische Kommission, Languages of Europe, 27.09.05, [http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/languages/index\\_en.html#Foreign%20language%20skills](http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/languages/index_en.html#Foreign%20language%20skills) (eingesehen am 13.02.06).

203 Vgl. Statistics Finland, Trade. Main Trading Partners, 18.01.06, [http://tilastokeskus.fi/tup/suoluk/suoluk\\_kotimaankauppa\\_en.html](http://tilastokeskus.fi/tup/suoluk/suoluk_kotimaankauppa_en.html) (eingesehen am 13.02.06).

204 Vgl. Deutsch-Finnischer Handel weiter auf hohem Niveau, in: Deutsch-Finnischer Handel, 2/2004, <http://www.dfhk.fi/deutsch/publik/pdf/030402.pdf> (eingesehen am 13.02.06).

205 Vgl. Zehn Jahre Invest in Finland, in: Deutsch-Finnischer Handel, 6/2002, <http://www.dfhk.fi/deutsch/publik/pdf/060202.pdf> (eingesehen am 13.02.06).

206 Vgl. Statistisches Bundesamt, Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel 2004, Wiesbaden 2005, <http://www.destatis.de/download/d/aushh/rangfolge04.pdf> (eingesehen am 13.02.06).

still, wurden jedoch nach Kriegsende, im Gegensatz zu den politischen Kontakten, rasch wieder aufgenommen.<sup>207</sup>

### 3.2.3. Politische Beziehungen

Bis 1973 bestanden keine offiziellen diplomatischen Beziehungen; die Republik Finnland erkannte weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik an. Finnland unterhielt lediglich „Handelsvertretungen“ in Ost-Berlin und Bonn. Erst im Kontext der Ostpolitik Brandts und nach Abschluss des Grundlagenvertrags 1972 erkannte Finnland 1973 die beiden deutschen Staaten an und erneuerte die diplomatischen Kontakte.<sup>208</sup> Bis zum Ende des Kalten Krieges musste Finnland jedoch stets eine Balance zwischen den beiden deutsch-finnischen Beziehungen wahren, um keine Verstimmung Moskaus zu provozieren. Dies führte dazu, dass sich der politische Austausch nur eingeschränkt entwickelte.<sup>209</sup>

Die Ereignisse gegen Ende des Kalten Krieges und die Annullierung des finnisch-sowjetischen Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand 1992, der unter anderem eine potentielle deutsche Aggression zum Gegenstand hatte, machten den Weg zur Annäherung frei.<sup>210</sup>

Die Wiedervereinigung rief in Finnland keine negativen Ressentiments hervor; lediglich Sorge um die Stabilität Europas in Anbetracht der sich verändernden Weltordnung wurde stellenweise geäußert.<sup>211</sup> Ein starkes und vereintes Deutschland wurde für Europa und Finnland aber allgemein als wünschenswert empfunden.<sup>212</sup>

Der Weg Finnlands in die EU ging einher mit einer deutsch-finnischen Annäherung. Während der Beitrittsverhandlungen unterstützte Deutschland Finnland entschieden und ohne Vorbehalte.<sup>213</sup> Für die finnische Seite verstärkte sich der Eindruck, dass Deutschland der zentrale Partner in der EU werden würde.<sup>214</sup> Finnland wollte in den politischen Kern Europas, Deutschland wird als zentraler Motor dieses Kerns betrachtet.<sup>215</sup> Vier Gründe mögen für die weitere Vertiefung des deutsch-finnischen Verständnisses entscheidend sein.<sup>216</sup>

- Die Beziehungen zu Russland sind für beide Staaten essentiell,
- Deutschlands Interesse am Ostseeraum ist nicht von Großmachtplänen bestimmt,
- Finnland hat in der Geschichte von einem starken Deutschland profitiert, und

207 Vgl. Hannes Saarinen, Zur kulturellen Präsenz Deutschlands in Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg.

208 Hierzu ausführlich: Yrjö Väinänen, *Finlandia* – Bonn, Helsinki/München 1996.

209 Vgl. Tuomas Forsberg, Finnland und Deutschland, in: Burkhard Auffermann/Pekka Visuri (Hg.), *Nordeuropa und die deutsche Herausforderung*, Baden-Baden 1995, S. 141-156 (146f).

210 Vgl. Heribert Saldik, *Deutsche Außenpolitik in der Ostseeregion*, Frankfurt a.M. 2004, S. 24f.

211 Vgl. Forsberg, *Finnland und Deutschland*, S.147f.

212 Vgl. Forsberg, *A friend in need or a friend indeed?*, S. 3ff.

213 Vgl. Address by President Martti Ahtisaari at the Freie Universität in Berlin, 23.11.94.

214 Vgl. Saldik, *Deutsche Außenpolitik in der Ostseeregion*, S. 29f.

215 Vgl. Max Jakobson, *Finnland im neuen Europa*, Berlin 1999, S. 109.

216 Vgl. Forsberg, *A friend in need or a friend indeed?*, S. 10.



- die EU nimmt für beide Staaten eine historisch begründete Schlüsselrolle in ihrem außenpolitischen Selbstverständnis ein.

Der Beginn der Berliner Republik wurde in Finnland positiv als symbolische Annäherung der deutschen Hauptstadt an Helsinki empfunden.<sup>217</sup>

Der Regierungswechsel von 1998 schien die deutsch-finnischen Beziehungen zunächst nicht in größerem Maße zu beeinflussen. Aber während der finnischen EU-Präsidentschaft 1999 bahnte sich ein handfester Streit zwischen den beiden Regierungen an. Das Bestehen deutscher Akteure auf die Übersetzung von Deutsch als Arbeitssprache in den Ratsgremien schien eine Veränderung des deutschen Auftretens gegenüber kleinen Staaten deutlich zu machen. Höhepunkt der Auseinandersetzungen war ein Interview des damaligen finnischen Europaministers Kimmo Sasi, der meinte, die deutsche Politik sei unter Gerhard Schröder selbstüchtiger geworden.<sup>218</sup> Nachdem sich Lipponen während des Tampere-Gipfels für den Kommentar seines Ministers bei Schröder entschuldigte, waren beide Seiten bemüht, die Wogen zu glätten.<sup>219</sup> Deutlich wurde in dieser Episode jedoch, dass ein dominantes Auftreten gegenüber Finnland eher negative Reaktionen hervorruft.<sup>220</sup>

Seitdem haben beide Staaten gemeinsam die Entwicklungen der EU, insbesondere auch der ESVP unterstützt. Deutschland bot Finnland schnell ein Engagement in einer engeren ESVP-Kooperation an und Helsinki griff das Angebot Berlins auf, sich einer gemeinsamen Battle Group mit den Niederlanden anzuschließen.<sup>221</sup>

Zwar hat das Projekt der NDEU in Deutschland keine zentrale Bedeutung, die Entwicklung des Ostseeraums an sich ist jedoch in deutschem Interesse. Während der Präsidentschaft im Ostseerat 2000-2001 zeigte Berlin daher auch aktive Unterstützung für die NDEU.<sup>222</sup>

Gleichwohl bestehen Divergenzen in den europapolitischen Grundpositionen Finnlands und Deutschlands. Die Entstehung des VVE etwa ließ die Konfliktlinie „Klein gegen Groß“ sichtbar werden. Am offensichtlichsten wurde dies, als Deutschland den Konventsentwurf annehmen wollte, Finnland aber zum Aufstand der Kleinen aufrief.<sup>223</sup> Bezüglich des Umgangs mit dem Stabilitätspakt konnten ebenfalls konträre Vorstellungen festgestellt werden.<sup>224</sup> In diesem Zusammenhang machte Lipponen 2002 in Berlin deutlich, dass Finnland eine Verzögerung des Defizit-Verfahrens für

217 Vgl. Ebd., S. 13.

218 Vgl. Nikolaus Blome, Kalte Dusche für Gerhard Schröder in Tampere. Kritik an deutscher Haltung im Sprachenstreit, in: Die Welt, 16.10.99.

219 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Schröder: Differences with Finland „all sorted out“, 21.10.99.

220 Vgl. Jasper von Altenbockum, Ein Land im „Trotzalter“. Wie die Finnen die Deutschen sehen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 04.09.99, S. 7.

221 Vgl. Helsingin Sanomat (International Edition), Germany offers Finland possibility to participate in closer EU defence cooperation, 13.05.03; Ebd., Finland decides to take part in German-Dutch EU battle group, 04.11.06.

222 Vgl. Council of the Baltic Sea States, Priorities of the German Presidency of the CBSS 2000-2001, <http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/9german/priorities/> (eingesehen am 15.03.06).

223 Vgl. Andreas Middel, EU-Gipfel in Brüssel wird ein Gipfel der Konflikte, 16.10.03, <http://www.welt.de/data/2003/10/16/183138.html> (eingesehen am 15.03.06).

224 Vgl. Jochen Hoenig, EU-Staaten ringen um Stabilitätspakt, in: Handelsblatt, 17.02.05, S. 3; Helmut Hauschild, Deutschland soll Grenzen öffnen, in: Handelsblatt, 08.02.06, S. 5.

Deutschland und die Aufweichung des Stabilitätspaktes als nicht wünschenswert erachte.<sup>225</sup>

Diese Entwicklungen sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich beide Staaten in ihrer pro-europäischen Haltung grundsätzlich sehr nahe stehen.

Finnland hat in Deutschland einen Partner, dessen Führungsposition in der EU prinzipiell als positiv und notwendig angesehen wird.<sup>226</sup> Solange die Position der kleinen Staaten in der EU nicht angegriffen und Finnland nicht als inaktiver Mitläufer dargestellt wird, ist Helsinki bereit, die Initiativen Deutschlands zu unterstützen. Berlin hat in Helsinki einen Partner, der sich für die europäische Idee immer noch begeistert und eine vertiefte Integration vorantreiben kann und will. Der Bedeutung Deutschlands als zentralen Orientierungspunkt für Finnland muss sich auch Berlin bewusst sein, da eine solche Konstellation besonders in einer immer größeren EU wertvoller wird.

## Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSSSC	Baltic Sea States Subregional Cooperation
CBSS	Council of Baltic Sea States
CJTF	Combat Joint Task Force
COSAC	Conférence des Organes Spécialisés dans les Affaires Communautaires et Européennes des Parlements de l'Union européenne
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EP	Europäisches Parlament
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EUFOR	European Union Force in Bosnia-Herzegovina
IGC	Intergovernmental Conference
ISAF	International Security Assistance Force
KESK	Keskusta (Zentrum)
KFOR	Kosovo Force
KOK	Kansallinen Kokoomus (Nationale Koalition)
MTK	Finnish Farmers' and Forest Owners' Union
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
ND	Nördliche Dimension
NDEU	Nördliche Dimension der Europäischen Union
OSZE/OSCE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
GASP/CFSP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
SDP	Sosialdemokraattinen Puolue (Sozialdemokratische Partei)
SFP	Svenska Folkpartiet (Schwedische Volkspartei)
UBC	Union of Baltic Cities
UNO	United Nations Organisation
VAS	Vasemmisto Liitto (Linke Allianz)
VIHR	Vihreä Liitto (Grüne Liga)
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
WEU	Westeuropäische Union
Wifo	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

225 Vgl. Vortrag von Ministerpräsident Paavo Lipponen, Die Zukunft der Europäischen Union, DGAP, 01.11.02, <http://www.dgap.org> (eingesehen am 16.03.06).

226 Vgl. Forsberg, A friend in need or a friend indeed?, S. 12, 16ff.

